



**Centrum  
für Hochschulentwicklung**

## **Fächerspezifische Kostenstrukturen für Studien- plätze nach Bundesländern**

### **Materialien zum Studierendenhoch**

**Christian Berthold  
Gösta Gabriel  
Helga Meyer  
Thimo von Stuckrad**

**Arbeitspapier  
Nr. 82**

**Januar 2007**

CHE Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH  
Verler Str. 6  
DE-33332 Gütersloh

Telefon: (05241) 97 61 0  
Telefax: (05241) 9761 40  
E-Mail: [info@che.de](mailto:info@che.de)  
Internet: [www.che.de](http://www.che.de)

ISSN 1862-7188  
ISBN 978-3-939589-39-6

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seitenzahl</b>
Tabellenverzeichnis	5
Abbildungsverzeichnis	6
Executive Summary	8
<b>0. Die Herausforderung – eine Einleitung</b>	<b>11</b>
<b>1. Vorgehen</b>	<b>12</b>
<b>2. Das <i>Studierendenhoch</i> – die Chancen sehen</b>	<b>13</b>
<b>3. Die Fakten</b>	
<b>3.1. Studienanfängerzahlen – allgemein</b>	<b>14</b>
3.1.1. Dimension Zeit (t)	14
3.1.2. Dimension Raum (s)	16
<b>3.2. Demographische Kurzanalysen der Bundesländer</b>	<b>16</b>
3.2.1. Die mittelfristige Entwicklung der Studienanfängerzahlen	16
3.2.2. Die doppelten Abiturjahrgänge	17
3.2.3. Mobilität	17
3.2.4. Analysen	
3.2.4.1. Baden-Württemberg	17
3.2.4.2. Bayern	19
3.2.4.3. Berlin	19
3.2.4.4. Brandenburg	20
3.2.4.5. Bremen	21
3.2.4.6. Hamburg	21
3.2.4.7. Hessen	22
3.2.4.8. Mecklenburg-Vorpommern	23
3.2.4.9. Niedersachsen	23
3.2.4.10. Nordrhein-Westfalen	24
3.2.4.11. Rheinland-Pfalz	25
3.2.4.12. Saarland	26
3.2.4.13. Sachsen	26
3.2.4.14. Sachsen-Anhalt	27
3.2.4.15. Schleswig-Holstein	28

3.2.4.16. Thüringen	28
3.2.5. Zusammenfassung der Entwicklung der Studienanfängerzahlen	29
<b>3.3. Ausgaben der Hochschulen – Indizes</b>	<b>30</b>
3.3.1. Hochschulausgaben nach Hochschulart	32
3.3.2. Hochschulausgaben nach Bundesländern und Hochschulart	33
3.3.3. Ausgaben nach Fächergruppe (damit auch nach Hochschulart) und Bundesland	34
3.3.4. Zusammenfassung der Betrachtung der Indizes	40
<b>4. Die politische Antwort – der Hochschulpakt 2020</b>	<b>40</b>
4.1. Darstellung der Einigung	40
4.2. Eine finanzielle Prognose	
4.2.1. Prognose	41
4.2.2. Variablen der Prognose	
4.2.2.1. Mobilität	42
4.2.2.2. Fachlichkeiten	44
4.2.2.3. Bologna	45
<b>5. Fallbeispiele</b>	<b>46</b>
5.1. Nordrhein-Westfalen	47
5.2. Sachsen	49
<b>6. Zusammenfassende Bewertung des Hochschulpaktes</b>	<b>52</b>
Anhang	55
A. Landesinterne Indizes	55
B. Nordrhein-Westfalen	59
B.1. Prognose der StudienanfängerInnen	59
B.2. Relative Ausgaben der Hochschulen je StudentIn (Indizes)	61
C. Sachsen	62
C.1. Prognose der StudienanfängerInnen	62
C.2. Relative Ausgaben der Hochschulen je StudentIn (Indizes)	64
C.3. Abschneiden ausgewählter Fächergruppen im CHE-Hochschulranking	65
Literaturverzeichnis	67

## Tabellenverzeichnis

	Seitenzahl
Tabelle 1: Die doppelten Abiturjahrgänge	17
Tabelle 2: Länderindizes	33
Tabelle 3: Bundesweite Indizes der Fächergruppen	35
Tabelle 4: Einteilung der Ländercluster in Obere, Mittel- und Untere Gruppe der Indizes	
- Universitäten, Theologische, Pädagogische und Kunsthochschulen -	38
Tabelle 5: Einteilung der Ländercluster in Obere, Mittel- und Untere Gruppe der Indizes - Fachhochschulen -	39
Tabelle 6: Akkumulierte StudienanfängerInnen nach Bundesländern	
- positive Salden -	43
Tabelle 7: Akkumulierte StudienanfängerInnen nach Bundesländern	
- negative Salden -	43
Tabelle 8: Akkumulierte StudienanfängerInnen nach Fächergruppen	
- positive Salden -	44
Tabelle 9: Entwicklung der StudienanfängerInnen	
- Nordrhein-Westfalen -	47
Tabelle 10: Fächerindizes für Nordrhein-Westfalen	48
Tabelle 11: Entwicklung der StudienanfängerInnen	
- Sachsen -	49
Tabelle 12: Fächerindizes für Sachsen	50
Tabelle 13: Übersicht der Indizes der Länder-Fächergruppen	
- Universitäten, Theologische, Pädagogische und Kunsthochschulen -	55
Tabelle 14: Übersicht der Indizes der Länder-Fächergruppen	
- Fachhochschulen -	56
Tabelle 15: Übersicht der landesinternen Fächerindizes	
- Universitäten, Theologische, Pädagogische und Kunsthochschulen -	57
Tabelle 16: Übersicht der landesinternen Fächerindizes	
- Universitäten, Theologische, Pädagogische und Kunsthochschulen -	58
Tabelle 17: Fächerbezogene akkumulierte StudienanfängerInnen	
- Universitäten, Theologische, Pädagogische und Kunsthochschulen -	
- Nordrhein-Westfalen -	59
Tabelle 18: Fächerbezogene akkumulierte StudienanfängerInnen	
- Fachhochschulen -	

- Nordrhein-Westfalen -	60
Tabelle 19: Fächerbezogene akkumulierte StudienanfängerInnen	
- Universitäten, Theologische, Pädagogische und Kunsthochschulen -	
- Sachsen -	62
Tabelle 20: Fächerbezogene akkumulierte StudienanfängerInnen	
- Fachhochschulen -	
- Sachsen -	63

**Abbildungsverzeichnis**

	Seitenzahl
Graph 1: Baden-Württemberg	18
Graph 2: Bayern	18
Graph 3: Berlin	19
Graph 4: Brandenburg	20
Graph 5: Bremen	21
Graph 6: Hamburg	21
Graph 7: Hessen	22
Graph 8: Mecklenburg-Vorpommern	23
Graph 9: Niedersachsen	24
Graph 10: Nordrhein-Westfalen	24
Graph 11: Rheinland-Pfalz	25
Graph 12: Saarland	26
Graph 13: Sachsen	27
Graph 14: Sachsen-Anhalt	27
Graph 15: Schleswig-Holstein	28
Graph 16: Thüringen	29
Graph 17: Zusätzlicher Finanzbedarf 2007 bis 2023	42
Graph 18: Indizes NRW – Universitäten und vergleichbare Hochschulen	61
Graph 19: Indizes NRW – Fachhochschulen	61
Graph 20: Indizes Sachsen – Universitäten und vergleichbare Hochschulen	64
Graph 21: Indizes Sachsen – Fachhochschulen	64
Graph 22: Anteil an Spitzengruppenplätzen der Ingenieurwissenschaften (FH) in Sachsen	65
Graph 23: Anteil an Schlussgruppenplätzen der Ingenieurwissenschaften (FH) in Sachsen	65
Graph 24: Anteil an Spitzengruppenplätzen der Sprach- und Kultur- wissenschaften (Uni) in Sachsen	66
Graph 25: Anteil an Schlussgruppenplätzen der Sprach- und Kultur- wissenschaften (Uni) in Sachsen	66

**Executive Summary**

Bis Mitte des nächsten Jahrzehnts wird in Deutschland die Zahl der hochschulberechtigten SchulabgängerInnen noch erheblich steigen und erst ab dem Jahr 2020 das Niveau von 2004 wieder erreichen. Danach allerdings werden infolge des demographischen Wandels die Zahlen der SchulabgängerInnen kontinuierlich abnehmen. Dieser vorübergehende Anstieg der Zahlen von jungen Menschen, die die Voraussetzung für ein Studium erfüllen, ist auf zwei Effekte zurückzuführen. Zum einen handelt sich um die Kinder der letzten geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt ins studierfähige Alter kommen. Zum andern verkürzen etliche Bundesländer ihre Schulzeiten von 13 auf zwölf Jahre. Dieser zweite Aspekt hat größere Durchschlagkraft als der erste – und deshalb ist diese Entwicklung in Europa auch einzigartig. Keines der Nachbarländer steht einem so deutlichen Anstieg potenzieller Studierender gegenüber. Die Politik hat auf den Anstieg der Hochschulzugangsberechtigten reagiert und den Hochschulpakt 2020 zwischen Bund und Ländern geschlossen, der zunächst bis 2010 gilt und bis dahin 90.000 zusätzliche Studienplätze schaffen will.

Das CHE sieht das Studierendenhoch als eine ungewöhnlich günstige Chance für die Zukunftssicherung Deutschlands an. Zunächst bietet sich hier die Gelegenheit, viele hochqualifizierte Absolventen für Wirtschaft und Gesellschaft auszubilden. Damit aber kann das deutsche Hochschulsystem auch Zeit gewinnen, um die überfällige Anpassung an die Bedingungen des demographischen Wandels einzuleiten, die Hochschulen also auf die Zeit nach 2020 vorzubereiten, wenn die Nachwuchsquoten kontinuierlich sinken. Neben der Vorsorge für die Zukunftsfähigkeit des Hochschulsystems schulden wir den jungen Menschen, die jetzt verstärkt die Schulen verlassen und die Fähigkeit zum Studium besitzen, aber auch eine faire Chance auf die bestmögliche Qualifikation für ein Berufsleben im Wissenszeitalter.

Dieses Arbeitspapier widmet sich den verschiedenen Aspekten, die berücksichtigt werden müssen, wenn man die Chance nutzen will, die sich aus dem Studierendenhoch ergibt. Zunächst muss leider festgestellt werden, dass aus einer höheren Zahl von hochschulberechtigten SchulabgängerInnen noch längst nicht auch mehr Studierende werden (wie die sinkenden Studienanfängerzahlen in den letzten beiden Jahren verdeutlichen). Wenn dies aber gelingen soll, dann muss neben einer Fülle von Faktoren, die die individuellen Entscheidungen von SchulabgängerInnen beeinflussen, vor allem die Kapazität an Studienangeboten ausgebaut werden. Dies kann auf der Landesebene und gesamtstaatlich nur gelingen, wenn mehrere übergreifende Fragestellungen berücksichtigt werden. Dazu liefert dieses Arbeitspapier Materialien und Hinweise in vier Dimensionen.



Erstens verläuft die Entwicklung der Zahlen von potenziellen StudienanfängerInnen in den Ländern sehr heterogen. So gibt es einen dramatischen Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern, in denen der demographische Wandel bereits jetzt durchschlägt. Darüber hinaus allerdings gibt es auch innerhalb der einzelnen Länder und Regionen deutliche Entwicklungsunterschiede, die für die Planungen der Länder und Hochschulen zum Umgang mit dem Studierendenhoch relevant sind.<sup>1</sup>

Zweitens arbeitet der Hochschulpakt mit durchschnittlichen Ausgaben. Das ist aus pragmatischen Gründen sicher angemessen, wirft aber die Frage auf, wie sich die Ausgabenstrukturen der einzelnen Länder zu dem herangezogenen Durchschnittswert verhalten. Denn die relativen Ausgaben der Hochschulen je Studierendem / je Studierender variieren zwischen den Bundesländern deutlich. Manche Länder geben also relativ mehr für ihre Studierenden aus und andere weniger als den jetzt im Hochschulpakt herangezogenen Durchschnittswert.

Drittens kann diese Herausforderung nicht angemessen bewältigt werden, wenn allein „Studienplätze“ betrachtet werden und nicht die Dimension der Fachlichkeiten berücksichtigt wird. Schließlich kann die gesamtstaatliche Verantwortung nicht nur gegenüber den jungen Menschen gelten, die mit einer Hochschulzugangsberechtigung jetzt vermehrt die Schulen verlassen, sondern sie muss daneben auch den Bedarf in Wirtschaft und Gesellschaft berücksichtigen. Dann aber werden die Ausgabenstrukturen und die erwartbaren Kosten der Länder für einen Ausbau der Studienkapazitäten berührt. Denn die Ausgaben weichen nicht nur signifikant zwischen den Bundesländern, sondern auch zwischen den einzelnen Fächergruppen innerhalb der Länder voneinander ab.

Die Steuerung der Hochschulen in Deutschland hat bisher immer einen engen Zusammenhang zwischen Ressourceneinsatz und Qualität unterstellt. Mit Hilfe der Kapazitätsverordnung und der Curricularnormwerte waren die Betreuungsrelationen in den Fächern fest definiert. Die verschiedenen Ausgabenstrukturen in den Ländern zeigen, dass auch bezogen auf den einzelnen Studierenden bzw. die einzelne Studierende zum Teil erheblich Differenzen im Mitteleinsatz bestehen. So wie bisher gesteuert wurde – und wie der Hochschulpakt in seiner Grundlogik funktioniert – wäre zu erwarten, dass die Qualität dort geringer ist, wo weniger Geld eingebracht wird. Dies ist aber nicht zwingend; Kostenunterschiede können genauso Effizienzdifferenzen oder andere Faktoren abbilden. Zur Illustration dieses Aspektes wird hier viertens exemplarisch die Dimension der Qualität in den Blick genommen – und die Ausgabenstruktur in

---

<sup>1</sup> Um die einzelnen Hochschulen in ihren individuellen Planungen in Blick auf die demographischen Entwicklungen handlungsfähiger zu machen, erarbeitet das CHE einen Demographie-Atlas, in dem auch regional relevante Informationen für die Hochschulen aufbereitet sind.

Sachsen, bezogen auf einzelne Fächergruppen, mit Ergebnissen des CHE-Hochschulrankings verknüpft.

Der Hochschulpakt 2020 ist mit insgesamt anvisierten 1,13 Mrd. € an zusätzlichen Mitteln ein richtiger und wichtiger Schritt. Aber gegenüber einem prognostizierbaren Mehrbedarf von 2,2 Mrd. € für die zusätzlichen StudienanfängerInnen bis 2010 bleibt er unterdimensioniert. Zudem kommt die größte Herausforderung erst nach 2010 auf uns zu, also nach Ablauf des Paktes. Hier taucht also schon heute zusätzlicher Handlungsbedarf auf, wenn man den Hochschulen eine gewisse Planungsperspektive eröffnen will. Wir brauchen Instrumente, mit denen die frei werdenden Kapazitäten im Osten genutzt werden können, denn man kann den SteuerzahlerInnen sicher nicht vermitteln, warum im Westen für enorme Summen das Studienangebot ausgebaut werden soll, wenn etwa 40 % der insgesamt benötigten Kapazitäten in den neuen Ländern frei werden. Die exemplarische Analyse von Nordrhein-Westfalen und Sachsen zeigt zusammenfassend die unterschiedlichen Entwicklungslinien in einem neuen und einem alten Bundesland. Nordrhein-Westfalen steht vor der Herausforderung stark steigender Studiennachfrage, während diese in Sachsen weg bricht. Die beispielhafte Verbindung von fächer- und landesbezogenen Ausgabenstrukturen und dem Abschneiden im CHE-Hochschulranking wirft ein Schlaglicht auf die Frage, ob und wie Ausgabehöhe und Qualität der Lehre korrelieren können.

Das deutsche Hochschulsystem steht vor einer großen Aufgabe. Das Hochschulsystem muss zum einen ausgebaut werden, weil in den nächsten zehn – oder mehr – Jahren viel mehr junge Menschen mit einer Hochschulzugangsberechtigung die Schulen verlassen werden. Gleichzeitig ist es erklärtes politisches Ziel, die Studierendenquote zu erhöhen. Dazu dürfen aber nicht nur einfach irgendwelche Studienplätze geschaffen werden – das wären im Zweifel Studienplätze in denjenigen Fächern, die weniger kostenintensiv sind und für die eine große studentische Nachfrage herrscht. Gesellschaft und Wirtschaft haben ganz andere Nachfragestrukturen. Eine Vermittlung zwischen diesen beiden Nachfrageseiten kann nicht gelingen, ohne dass ein Blick auf die verschiedenen Kostenstrukturen in den Fächergruppen und den Ländern geworfen wird. Und selbstverständlich muss die Qualität der Ausbildung im Kontext des internationalen Wettbewerbs eher gesteigert werden. Deshalb muss auch diese Dimension in den Blick genommen werden. Dazu will dieses Arbeitspapier Hinweise liefern.

## 0. Die Herausforderung – eine Einleitung

Die langfristige demographische Entwicklung in Deutschland zeigt eine deutliche Abnahme der Bevölkerung und eine gravierende Alterung der Gesellschaft. Die meisten gesellschaftlichen Systeme wurden bzw. werden auf diese Änderung umgestellt. Dies gilt jedoch nicht für das Hochschulsystem. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Zum anderen werden mindestens in den nächsten zehn Jahren vorübergehend deutlich mehr junge Menschen eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben und damit Angebote höherer Bildung nachfragen. Diese Herausforderung für die Struktur, Ausstattung und Finanzierung der deutschen Hochschulen stellt auch eine einmalige Chance dar. Das Studierendenhoch bietet die Möglichkeit, Zeit zu gewinnen für die bevorstehenden Umstellungen des Hochschulsystems. Diese müssen vor allem vor dem Hintergrund der Wissensgesellschaft und des lebenslangen Lernens stattfinden. Beide Aspekte werden immer wichtiger für die gesellschaftliche und ökonomische Zukunft Deutschlands und Europas.

Dabei ist allerdings zu beachten, dass regional stark divergierende Entwicklungen zu erwarten sind, die insbesondere Hochschulen vor unterschiedliche Herausforderungstypen stellen werden. Mit Blick auf die politisch gewünschte Etablierung einer wissensbasierten Ökonomie müssen situationsadäquate Modelle entwickelt werden, die eine Bewältigung des weiter wachsenden Qualifikationsbedarfs garantieren. Die Anpassung von Studienkapazitäten muss drei grundlegende Trends berücksichtigen. Zum einen ist der aktuelle bzw. prognostizierte Anstieg der Studienberechtigtenzahlen zu berücksichtigen. Darüber hinaus muss der Argumentationsrahmen jedoch um die mittel- und längerfristigen Trends der regional spezifischen demographischen Entwicklung sowie der europäischen und internationalen Herausforderungen erweitert werden.

Aus Sicht des CHE liegt in dem prognostizierten Studierendenhoch eine große volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Chance. Schon jetzt herrscht in einigen Arbeitsmarktssektoren ein nicht unerheblicher Fachkräftemangel, der sich durch allgemeine demographische Trends verbreitern und intensivieren dürfte. Beispielsweise sind deutschlandweit nach Informationen des VDI etwa 22.000 Ingenieursstellen unbesetzt, da hochqualifizierte BewerberInnen fehlen.<sup>2</sup> Dies ist nur ein Beispiel für besondere gesellschaftliche und ökonomische Bedarfslagen, die bei dem Umgang mit dem Studierendenhoch berücksichtigt werden müssen. Generell sollte die Chance ergriffen werden, hochqualifizierte AbsolventInnen für Gesellschaft und Wirtschaft auszubilden

---

<sup>2</sup> Vgl. Verein deutscher Ingenieure (2006): 22.000 Ingenieure fehlen, [http://www.vdi.de/vdi/presse/mitteilungen\\_details/index.php?ID=1016445](http://www.vdi.de/vdi/presse/mitteilungen_details/index.php?ID=1016445) Zugriff am 19.01.2007.

und damit die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu sichern. Selbstverständlich darf nicht nur die gesellschaftsübergreifende oder volkswirtschaftliche Dimension beachtet werden. Es ist eine zentrale politische Aufgabe, allen jungen Menschen mit Studienberechtigung die bestmögliche Qualifikation für einen dynamischen und immer anspruchsvolleren Arbeitsmarkt zu bieten. Auch für die Entwicklung der demokratischen Kultur ist der umfassende Zugang zu höherer Bildung von enormer Bedeutung. Diese Überlegungen zeigen, dass die Qualität der Lehre immer wichtiger wird. Daher darf die Ausbildung junger Menschen nicht nur von finanzieller Seite betrachtet werden. Stattdessen bedarf es immer auch der besonderen Berücksichtigung der qualitativen Dimension.

Weiterhin sind Hochschulen nicht nur Ausbilder, sondern auch wichtige Impulsgeber in der jeweiligen Region. Sie attrahieren junge Menschen. Sie liefern wertvolle Beiträge zum kulturellen Leben und erhöhen damit die Lebensqualität. Durch die Forschung ziehen sie auch Unternehmen an, die sich an Hochschulstandorten ansiedeln, um vom Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu profitieren. Dadurch tragen Hochschulen zur Entwicklung der Unternehmenslandschaft und damit unmittelbar zur wirtschaftlichen Dynamik eines Standortes maßgeblich bei. Somit sind Hochschulen auch eine wichtige Komponente in der Regionalentwicklung.

All diese Aspekte – demographischer Wandel, Zunahme der Bedeutung der wissensbasierten Ökonomie und des lebenslangen Lernens, Zukunftsfähigkeit des Landes, Qualität der Lehre, Hochschulen als Bevölkerungsmagneten und kulturelle und wirtschaftliche Impulsgeber – sind bei dem Umgang mit dem Studierendenhoch zu berücksichtigen.

## **1. Vorgehen**

Ziel dieses Arbeitspapiers ist es, das Phänomen des Studierendenhochs in seiner Komplexität nachvollziehen zu können. Anhand dessen soll der verabschiedete Hochschulpakt 2020 bewertet werden. Die Analyse des Studierendenhochs erfolgt zunächst durch die Betrachtung der Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den einzelnen Bundesländern. Dieses Kapitel wird zeigen, wie unterschiedlich sie in Deutschland verlaufen wird und in welchem Umfang welches Bundesland betroffen ist. In einem zweiten Schritt werden die relativen Ausgaben je StudentIn berechnet. Ausgang ist der bundesweite Durchschnitt der Hochschulausgaben je Studierendem / je Studierender, der als Index 100 gesetzt wird. Hiervon ausgehend wird nach Hochschularten, Bundesländern und schließlich noch nach Fächergruppen differenziert. Die gewonnenen

Erkenntnisse werden auf den Hochschulpakt 2020 angewendet. Dem Finanzvolumen des Hochschulpaktes wird eine eigene Berechnung gegenübergestellt, und Variablen, die die finanzielle Prognose verändern können, werden genannt. Diese Erkenntnisse erlauben eine erste Interpretation des Anreizschemas des Paktes. Am Ende werden die Ergebnisse anhand von zwei Fallbeispielen durchgespielt. Nordrhein-Westfalen als Repräsentant eines westdeutschen Flächenlandes und Sachsen als ostdeutscher Vertreter wurden hierfür ausgewählt. Die Resultate dieses Arbeitspapiers werden dabei im Falle Sachsens exemplarisch in Verbindung zu den Ergebnissen des CHE-Hochschulrankings gebracht. Dadurch wird deutlich nicht nur auf die quantitative, sondern auch auf die qualitative Dimension des Studierendenhochs verwiesen.

Die jeweils angewandte Methodik wird in den einzelnen Kapiteln erläutert. Dabei wird auch explizit auf die Reichweite und die Grenzen hingewiesen.

## 2. Das Studierendenhoch – die Chancen sehen

Die gute Botschaft lautet: Die Zahl der StudienanfängerInnen wird in den nächsten Jahren steigen, und zwar erheblich und über einen langen Zeitraum. In der öffentlichen Diskussion ist aber von einem anrollenden „*Studentenberg*“<sup>3</sup> (oder „*Studierendenberg*“)<sup>4</sup>, einer „*Studierendenwelle*“, die die „*Hochschulen erfasst*“<sup>5</sup> oder sogar von einer „*Studentenflut*“<sup>6</sup> die Rede. Das demographische und bildungspolitische Phänomen des Studierendenhochs ist jedoch keine Bedrohung für die Hochschulen, sondern eine Chance für Hochschulen und Gesellschaft. Das CHE spricht deshalb vom *Studierendenhoch*, denn dieser Begriff reflektiert das Positive und damit die Möglichkeiten, die sich aus diesem Phänomen ergeben: Lebensnotwendige Impulse für die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung, sowie Zeitgewinn für die Umstellung des Hochschulsystems im Hinblick auf die Herausforderungen der Zukunft.

<sup>3</sup> z. B.: Jochen Leffers (2006): Marode Unis- Studentenberg kostet jährlich zwei Milliarden Euro mehr, 18.07.2006, <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,422067,00.html>, Zugriff am 30.11.2006.

<sup>4</sup> z. B.: Kai Gehring (2006): Studierendenberg trifft Haushaltsloch – Hochschulen in Deutschland für den Anstieg der Studierendenzahlen fit machen, 29.08.2006, [http://www.gruenerzukunftskongress.de/fileadmin/user\\_upload/PDF-Dateien/workshop\\_infos/Kurz-Konzept\\_HS-Workshop\\_Zukunftskongress2.pdf](http://www.gruenerzukunftskongress.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/workshop_infos/Kurz-Konzept_HS-Workshop_Zukunftskongress2.pdf), Zugriff am 30.11.2006.

<sup>5</sup> z. B.: Uwe Barth (2006): Die Zukunft der Lehre und Forschung an Hochschulen mit Hilfe der Juniorprofessur stärken, Rede im Bundestag am 10.11.2006, [http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show\\_reden\\_fraktion.php/c-542/lkm-86/i.html?wc\\_id=1225&bis](http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show_reden_fraktion.php/c-542/lkm-86/i.html?wc_id=1225&bis), Zugriff am 30.11.2006.

<sup>6</sup> z. B. Mike Szymanski (2006): Der Fluch der Studentenflut, 21.10.2003, <http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/berufstudium/artikel/970/19951/>, Zugriff am 30.11.2006.

Akademische Bildung ist ein zentraler Faktor, volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit, individuelle Lebenschancen und eine Gesellschaft, die in friedlichem, stabilem und demokratischem Miteinander lebt, zu gestalten. Die Deutschen werden immer weniger und immer älter. Die Zahl der Erwerbstätigen sinkt, während die Leistungsempfänger mehr werden. Eine hohe Anzahl ausgebildeter Akademiker<sup>7</sup> kann durch ihre Ausbildung, ihre wissenschaftlich basierte Beschäftigungsfähigkeit oder ihr innovatives Unternehmertum das mögliche Ungleichgewicht zwischen Leistungserbringern und Leistungsempfängern ausgleichen.

Das Studierendenhoch ist eine demographische Chance für die deutsche Gesellschaft, und es geht darum, dieses reiche Potential junger Menschen akademisch zu qualifizieren, und zwar durch gute Studienbedingungen und hohe Ausbildungsqualität. Die Dimension dieser Herausforderung muss begriffen werden. Es müssen Ideen entwickelt und umgesetzt werden, um diese Herausforderung planvoll zu gestalten. Zugleich bietet das Studierendenhoch neue Perspektiven für eine langfristige Strukturveränderung der Hochschulen, die sie und damit auch Wirtschaft und Gesellschaft fit machen für die Zukunft. Dies erhöht die Herausforderung, vor der wir stehen, aber auch die Chancen, die aus dieser einmaligen Situation erwachsen.

### **3. Die Fakten**

#### **3.1. Die Studienanfängerzahlen – allgemein**

Für die nachfolgende Prognose der Entwicklung der Studienanfängerzahlen werden zwei Dimensionen berücksichtigt, innerhalb derer sich das Phänomen *Studierendenhoch* sinnvoll darstellen lässt. Zum einen spielt die Zeit eine wesentliche Rolle, so dass man nach Jahren differenzieren muss. Zum anderen ist aber auch ein räumliches Aufbrechen der Gesamtprognose sinnvoll und erforderlich. Deshalb wird die zeitliche Entwicklung nach Bundesländern differenziert untersucht und dargestellt.

##### **3.1.1. Die Dimension Zeit (t)**

Die Zeit ist die erste Dimension, die beim Thema *Studierendenhoch* zu berücksichtigen ist. So erstreckt sich das Phänomen – anders als in den meisten Veröffentlichungen erwähnt – noch über das Jahr 2020 hinaus. Gemäß der Prognose des CHE<sup>8</sup> wird

---

<sup>7</sup> Dabei spielt auch der Bedarf der Wirtschaft und der Gesellschaft nach gewissen Fächern eine sehr wichtige Rolle. Welche akademischen Ausbildungen brauchen wir?

<sup>8</sup> Vgl. Florian Buch, u. a. (2006): Prognose der Studienkapazitätsüberschüsse und -defizite in den Bundesländern bis zum Jahr 2020, Arbeitspapier Nr. 77, Juni 2006,

die Anzahl der möglichen StudienanfängerInnen je Jahrgang bis zum Jahr 2020 höher liegen als während des Referenzzeitraums von 2000 bis 2004. In der Prognose wurde die Übergangsquote zwischen Hochschulzugangsberechtigung eines Jahrgangs und der Aufnahme eines Hochschulstudiums als konstant gegenüber dem Referenzjahrgang 2000 angenommen.<sup>9</sup> Dies bedeutet, dass eine Veränderung der Beteiligung an höherer Bildung noch gar nicht in der Modellrechnung enthalten ist.<sup>10</sup> Die Politik beabsichtigt z. B. eine Steigerung der tertiären Bildungsbeteiligung auf 40% eines gesamten Jahrgangs. Die Erreichung dieses Ziels würde die prognostizierten Zahlen maßgeblich erhöhen.

Der Höhepunkt des *Studierendenhochs* wird nach der CHE Prognose in den Jahren 2011 bis 2013 erreicht. Dies liegt im Besonderen an doppelten Abiturjahrgängen, die die Schulen in einigen Bundesländern aufgrund der Umstellung von zwölf auf 13 Jahre mit einer Hochschulzugangsberechtigung verlassen werden. So werden z. B. im Jahre 2011 bundesweit mindestens 60.000 Menschen mehr als im Referenzzeitraum<sup>11</sup> ein Studium aufnehmen wollen. Die letzten starken Jahrgänge werden 2020 ihre Hochschulzugangsberechtigung erlangen und frühestens zu diesem Zeitpunkt ein Studium beginnen. Rechnet man mit einer optimistisch geschätzten Studiendauer von vier Jahren<sup>12</sup>, bedeutet dies, dass sie mindestens noch bis 2023 studieren werden. Das heißt, dass der zeitliche Rahmen für die Effekte des *Studierendenhochs* fast 20 Jahre umfasst und allein schon auf dieser Ebene ein mittelfristiges Denken erfordert. Nimmt man noch die langfristige Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland hinzu und die damit verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, so richtet sich der Blick notwendigerweise nicht auf Jahre, sondern auf Jahrzehnte. Die Weichen müssen jedoch schon heute gestellt werden. Daher ist eine besonders detaillierte Betrachtung des Phänomens erforderlich. Dieses Arbeitspapier versucht einen ersten Schritt für eine solche Betrachtung zu gehen.

---

[http://www.che.de/downloads/Prognose\\_Studienkapazitaet\\_AP77.pdf](http://www.che.de/downloads/Prognose_Studienkapazitaet_AP77.pdf), Zugriff am 30.11. 2006. Über die Grenzen und die Reichweite der Prognose siehe besonders S. 11-17 a.a.O. Diese Einschränkungen gelten für alle weiteren Betrachtungen in diesem Arbeitspapier.

<sup>9</sup> Vgl. Florian Buch, u. a. (2006), a.a.O. S. 12.

<sup>10</sup> Zu den Variablen der Prognose, auch und im Besonderen im Hinblick auf die Kosten, siehe 3.3., S. 30-32.

<sup>11</sup> Vgl. Florian Buch, u. a. (2006), a.a.O. S. 9. Die zitierte Zahl von 60.000 zusätzlichen Studienanfängern kommt nur bei einer optimalen bundesweiten Ausschöpfung aller vorhandenen Studienkapazitäten zustande. Wenn man jedoch regionale Unterschiede und die aktuelle geringe Wanderung der Studierenden zugrunde legt, ergibt sich ein Nachfrageüberschuss von 80.000 Studieninteressierten (ebd.). Hier liegt auch die Annahme zugrunde, dass die Hochschulen von 2000 bis 2004 zu 100% ausgelastet waren. Dies ist jedoch vermutlich nicht der Fall gewesen, wie zumindest die rückläufigen Studienanfängerzahlen ab 2003 und die flächendeckende Einführung lokaler *numeri clausi* suggeriert.

<sup>12</sup> Die Zahl liegt den Berechnungen des Hochschulpakts zugrunde. Demnach dauert ein Bachelorstudium drei Jahre. Danach absolvieren noch 50% ein zweijähriges Masterstudium. Dies ergibt eine durchschnittliche Systemverweildauer je Studienanfänger von vier Jahren. Variablen dieser Schätzung sind Schwundquoten, tatsächliche Studienzeiten und Übergangsquoten.

### 3.1.2. Die Dimension Raum (s)

Eine weitere wichtige Dimension der Thematik *Studierendenhoch* stellen die Bundesländer dar. Die Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich vollziehen, weshalb eine nach dieser Dimension differenzierte Betrachtung notwendig ist. Hierfür werden zunächst die einzelnen Aspekte allgemein dargelegt, anhand derer anschließend die Situation je Bundesland analysiert wird. Selbstverständlich gibt es auch heterogene Entwicklungen innerhalb der Bundesländer, die hier nicht betrachtet werden können.

## 3.2. Demographische Kurzanalysen der Bundesländer

Dieses Unterkapitel kombiniert die beiden Dimensionen Zeit und Raum. Dies bedeutet, dass die einzelnen Bundesländer in ihrer zeitlichen Studienanfängerentwicklung betrachtet werden. Dies geschieht anhand dreier Kriterien, die im Folgenden erläutert werden.

### 3.2.1. Die mittelfristige Entwicklung der Studieninteressierten

Hierbei wird die allgemeine Entwicklung der Studienanfängerzahlen in einem Bundesland betrachtet. Grundlage ist die Prognose des CHE.<sup>13</sup> In diesem Papier wurden Daten des Statistischen Bundesamtes<sup>14</sup> und der Kultusministerkonferenz<sup>15</sup> im Hinblick auf die Entwicklung der zukünftigen Studienanfängerzahlen ausgewertet. Nun interessieren vor allem zwei Zeitabschnitte. Zum einen wird der Zeitraum von 2007 bis 2010 genauer betrachtet, da es sich hierbei um den zeitlichen Rahmen des Hochschulpakts 2020 handelt. Des Weiteren ist aber auch ein Blick bis 2020 wichtig, weil erst dieser dem gesamten Phänomen *Studierendenhoch* gerecht wird. In den nachfolgenden Kurzanalysen wird also die gesamte Zeitreihe von 2007 bis 2020 betrachtet. Grundlage sind zwei Vergleichsbasen. Zum einen wird der Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2004 als Basis angesehen (Basis I), wie in der CHE-Prognose der Studienkapazitätsüberschüsse und -defizite geschehen. Zum anderen werden wie im Hochschulpakt die Daten des Jahres 2005 herangezogen (Basis II). Damit soll zum einen die Logik der Berechnungen des CHE dargestellt werden, als auch die Berechnung, die dem Hochschulpakt zugrunde liegt.

<sup>13</sup> Vgl. Florian Buch u. a. (2006), a.a.O.

<sup>14</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2006b): Bildung und Kultur – Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11 Reihe 4.3.1.

<sup>15</sup> Vgl. Kultusministerkonferenz (2006): Deutsche Studienanfänger nach dem Land des Hochschulortes und dem Land des Erwerbs der Hochschulzulassungsberechtigung 2004, IN: Die Mobilität der Studienanfänger und Studierenden in Deutschland 1980 bis 2005 (im Erscheinen).



### 3.2.2. Die doppelten Abiturjahrgänge

Durch die Umstellung von 13 auf zwölf Schuljahre bis zum Abitur wird es in den kommenden Jahren zu besonderen *peaks* bei der Erlangung der Hochschulzugangsberechtigung kommen. Dies hat in manchen Bundesländern zur Folge, dass die allgemein angespannte Situation noch dramatischer wird. An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die CHE

2007	Sachsen-Anhalt
2008	Mecklenburg-Vorpommern
2009	Saarland
2010	Hamburg
2011	Bayern, Niedersachsen
2012	Baden-Württemberg, Berlin, Bremen
2013	Hessen, Nordrhein-Westfalen
2014	Hessen

Tabelle 1: Die doppelten Abiturjahrgänge<sup>16</sup>

Prognose keine Übergangszeit zwischen Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und dem Beginn des Studiums eingeschlossen hat. Durch den Wehr-, bzw. Zivildienst und das Freiwillige Soziale Jahr kommt es zu leicht entzerrenden Wirkungen, was aber nicht das Grundproblem aufhebt, diesen Menschen einen adäquaten Studienplatz anbieten zu können.

### 3.2.3. Mobilität

Mobilität hat zur Folge, dass demographische Veränderungen in einem Bundesland maßgebliche Effekte auf ein anderes Bundesland haben. Junge Menschen erwerben ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem Bundesland und nehmen ihr Studium in einem anderen Bundesland auf. Diese Beeinflussungen finden sich besonders zwischen Stadtstaaten und den angrenzenden Flächenländern. Grundlage für die Analyse sind die Daten von 2004, wie sie auch in der CHE Prognose verwendet wurden.

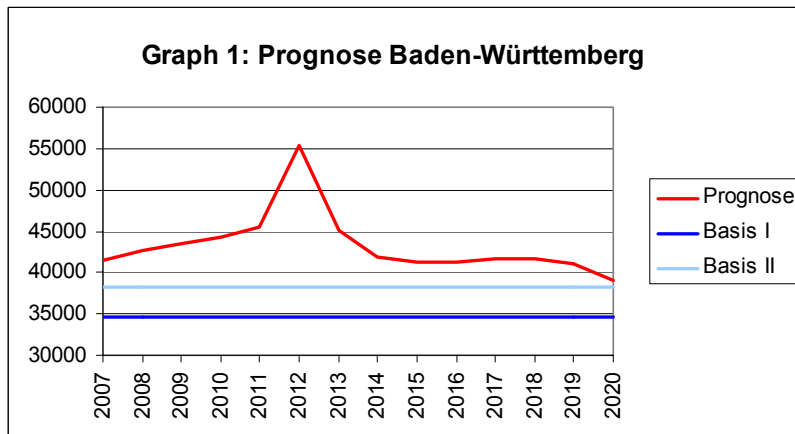
### 3.2.4. Analysen

#### 3.2.4.1. Baden-Württemberg

Die durchschnittliche Studienanfängerzahl der Basis I (2000 bis 2004) betrug ca. 34.600. Für die Basis II (2005) finden sich schon ca. 38.200 StudienanfängerInnen in Baden-Württemberg. Von diesen Ausgangspunkten steigen die prognostizierten Zahlen allmählich auf ca. 45.500 im Jahre 2011. Im darauffolgenden Jahr verlässt der doppelte Abiturjahrgang die Schule, so dass sich die vermutete Zahl der StudienanfängerInnen um 9.900 (+22%) auf ca. 55.400 erhöht. Vergleicht man diese Zahl mit der Basis II, so ergibt sich eine Differenz von ca. 17.200 (+45%), vergleicht man sie

<sup>16</sup> Kultusministerkonferenz (2005): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2003 bis 2020, Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 173, Januar 2005, <http://www.kmk.org/statist/schulprognosestext.pdf>, Zugriff am 5.12.2006. S. 56\*, Anm.

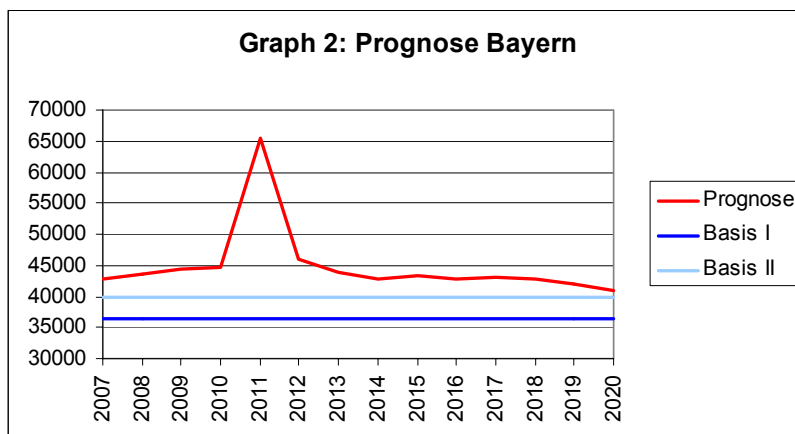
mit der Basis I, so erhöht sich die Differenz auf ca. 20.800 (+60%). Im Jahr 2012



muss das Land Baden-Württemberg zusätzlich ein Potenzial von StudienanfängerInnen versorgen, welches im Vergleich zur durchschnittlichen Studienanfängerzahl von 2000-2004 fast

der Größe der Universität Tübingen (ca. 24.000 Studierende)<sup>17</sup> entspricht. In der Zeit von 2014 bis 2020 bleibt die Zahl bei ca. 41.000 StudienanfängerInnen pro Jahr ziemlich konstant. Diese Zahl bewegt sich um 2.800 über der Basis II (+7%) und gar 6.400 über der Basis I (+18%). Dies bedeutet, dass es sich in Baden-Württemberg um ein Langzeithoch handelt, das mit dem Sondereffekt des doppelten Abiturjahrgangs und einer etwas höheren Zahl von 2008 bis 2013 bis an das Ende des Prognosezeitraums (2020) reicht.

Die Studierendenmobilität ist nicht besonders hoch. Etwa drei Viertel der Hochschulzugangsberechtigten bleiben in der Heimat. Größere Austauschbeziehungen bestehen vor allem zu Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen (in absteigender Reihenfolge),



wobei die Anzahl der Hochschulzugangsberechtigten, die jeweils gewonnen werden bzw. das Land verlassen, sich mehr oder weniger in der Waage halten. Somit bestehen auch keine besonders zu

berücksichtigenden externen Einflüsse durch die Entwicklung der anderen Bundesländer.

<sup>17</sup> Eberhard Karls Universität Tübingen (2006): Zahlen und Fakten, Stand 9.10.2006, <http://www.uni-tuebingen.de/uni/qvr/02/02v11.html>, Zugriff am 4.12.2006.

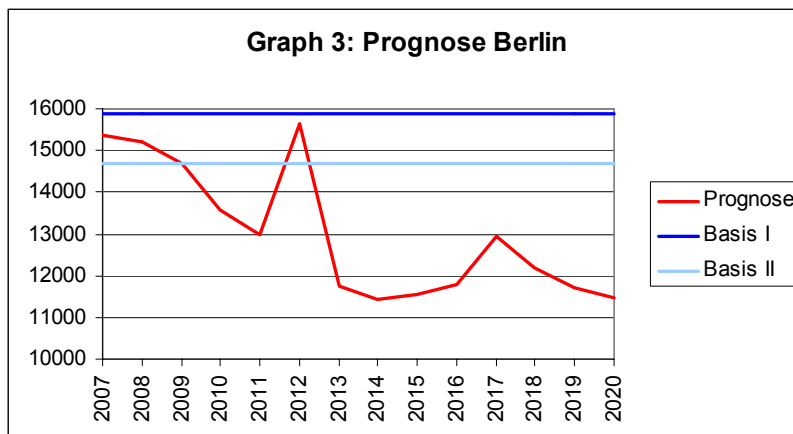
### 3.2.4.2. Bayern

In Bayern liegt die Basis I bei ca. 36.400 StudienanfängerInnen, die Basis II bei fast 40.000. Bis 2010 steigt die Zahl kontinuierlich auf 44.800. Im Jahr 2011 drängt der doppelte Abiturjahrgang an die Hochschulen, was die Zahl auf 65.400 hochschnellen lässt. Die Differenz zu Basis II beträgt 25.400 (+64%), zu Basis I beträgt sie 29.000 (+80%), letztere umfasst beinahe anderthalbmal die TU München (20.500 Studierende)<sup>18</sup>. Ab 2012 sinkt die Zahl der StudienanfängerInnen fast stetig auf schließlich 41.000. Diese Zahl übersteigt immer noch die Basis II und sehr deutlich die Basis I, was auch Bayern ein Langzeithoch der Studienanfängerzahlen bis weit über das Jahr 2010 hinaus beschert.

In Bayern ist die Mobilität bundesweit am zweitniedrigsten. 78% der StudienanfängerInnen kommen selbst aus Bayern. Eine leichte Wanderung findet von und nach Baden-Württemberg sowie Nordrhein-Westfalen statt, wobei auch hier das Ergebnis annähernd neutral ist. Damit schlagen auch die Entwicklungen in anderen Bundesländern nicht maßgeblich auf Bayern durch.

### 3.2.4.3. Berlin

Die Basis I beträgt ca. 15.900 StudienanfängerInnen. Die Basis II liegt in Berlin mit 14.700 leicht darunter. In den Jahren 2007 und 2008 steigen die Zahlen wieder über



15.000, sinken dann aber bis 2011 auf ca. 13.000. 2012 verlassen die doppelten Abiturjahrgänge die Berliner Schulen, womit die prognostizierte

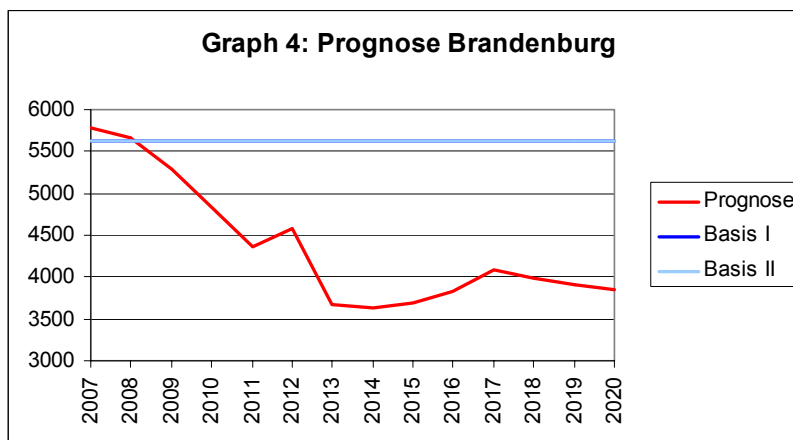
Studienanfängerzahl sich auf über 15.600 erhöht und damit zwischen der Basis I und II liegt. Bis 2020 bewegt sie sich um die 12.000 (+/-1.000) mit einem leichten Abfall zum Ende des Prognosezeitraums (11.500 in 2020). Somit werden ab 2013 ca. 2.700 (gegenüber Basis II, -18%), bzw. ca. 3.900 (gegenüber Basis I, -25%) StudienanfängerInnen je Jahr weniger zu verzeichnen sein.

<sup>18</sup> Technische Universität München (2006): Die TUM in Zahlen, Stand 2005, [http://portal.mytum.de/cop/tum\\_in\\_zahlen/tum\\_in\\_zahlen\\_2005](http://portal.mytum.de/cop/tum_in_zahlen/tum_in_zahlen_2005), Zugriff am 4.12.2006.

Die Mobilität zur deutschen Hauptstadt ist relativ hoch. Nur 54% der StudienanfängerInnen kommen aus Berlin. 15% kommen aus Brandenburg, wo etwas weniger Berliner ein Studium anfangen. Dies ist die deutlichste Beziehung zu einem anderen Bundesland und bedeutet, dass der doppelte Abiturjahrgang Berlins einen deutlich sichtbaren Einfluss auf die Studienanfängerzahlen in Brandenburg hat, wie auch die Entwicklung in Brandenburg sich auf Berlin auswirken wird.

#### 3.2.4.4. Brandenburg

Basis I und II fallen mit etwas mehr als 5.600 StudienanfängerInnen gleich aus. Bis einschließlich 2009 verbleibt der Wert über 5.000. Die kontinuierliche Abnahme der



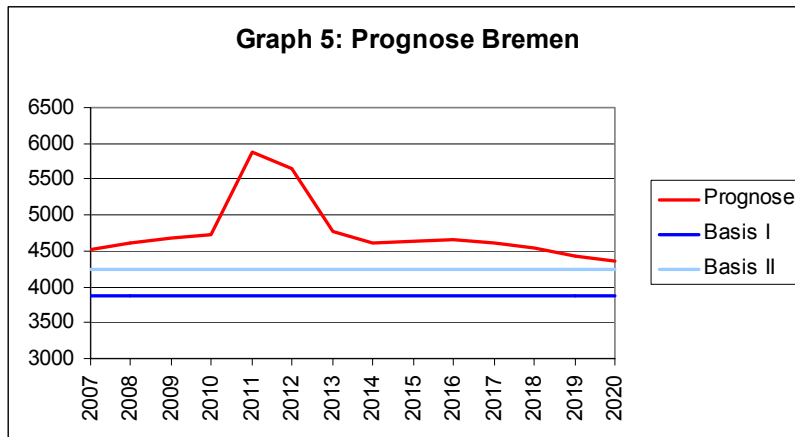
Studienanfängerzahlen wird nur durch den doppelten Abiturjahrgang in Berlin im Jahr 2012 durchbrochen. Ansonsten gehen die Zahlen auf ein konstantes Niveau von 3.500 bis 4.000 StudienanfängerInnen pro Jahr zurück. Im Jahr 2014 wird ein zwischenzeitliches Tief von knapp über 3.600 StudienanfängerInnen erreicht. Gegenüber den Vergleichsbasen fallen die Studienanfängerzahlen ab 2013 somit 1.500 bis 2.000 niedriger aus. Dies entspricht einem prozentualen Rückgang von 27-36%, womit ab 2013 in Brandenburg in größerem Umfang Studienplatzkapazitäten frei werden.

Etwas weniger als die Hälfte der StudienanfängerInnen in Brandenburg kommt selbst aus diesem Bundesland. 29% kommen dagegen aus Berlin. Dieses eher untypische Wechselverhältnis beruht wahrscheinlich auf der geographischen Nähe von Berlin und Potsdam.<sup>19</sup> 12% der Brandenburger studieren in Sachsen, wo sie fast 7% der StudienanfängerInnen ausmachen.

<sup>19</sup> Dies lässt sich jedoch aufgrund des vorliegenden Datenmaterials, das nicht detailliert genug ist, nicht bestätigen.

### 3.2.4.5. Bremen

Die Basis I liegt mit 3.900 StudienanfängerInnen niedriger als die Basis II mit 4.200. Die Zahlen steigen bis 2010 kontinuierlich auf über 4.700 StudienanfängerInnen im



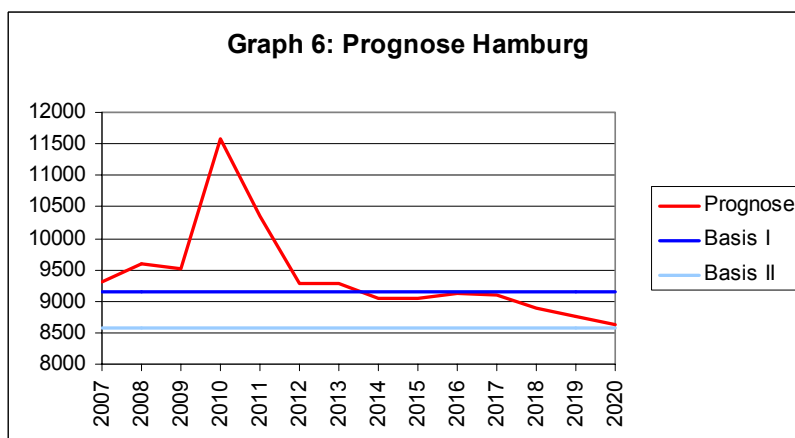
Jahr. Herausstechend sind die Jahre 2011 und 2012, in denen die Werte auf 5.900, bzw. 5.700 hochschnellen. Dies liegt im Jahr 2012 am doppelten Abiturjahrgang. Da-

nach sind die Zahlen konstant rückläufig und entwickeln sich von 4.800 im Jahr 2013 auf 4.400 im Jahr 2020. Dies heißt zusammenfassend, dass über den ganzen Betrachtungszeitraum eine höhere Nachfrage nach Studienanfängerplätzen besteht als bei beiden Vergleichsbasen.

Nur knapp 38% der StudienanfängerInnen kommen selbst aus Bremen, was bundesweit der niedrigste Wert eines Bundeslandes ist. Etwa der gleiche Prozentsatz strömt aus Niedersachsen in den Stadtstaat und immerhin noch 6% kommen aus Nordrhein-Westfalen. Somit erklärt sich das Hoch im 2011 mit dem doppelten Abiturjahrgang in Niedersachsen. Die größte auswärts studierende Gruppe zieht es mit 17% nach Niedersachsen. Sie macht dort aber nur 2% der StudienanfängerInnen aus.

### 3.2.4.6. Hamburg

In Hamburg liegt die Basis I mit 9.200 StudienanfängerInnen über der Basis II mit 8.600 StudienanfängerInnen. Bis 2009 steigt die Zahl auf 9.500, um dann durch den



doppelten Abiturjahrgang im Jahr 2010 11.600 StudienanfängerInnen zu erreichen. Auch im darauffolgenden Jahr liegt die Prognose mit 10.400 über den

beiden Vergleichsbasen. Danach sinken die Werte von 9.300 im Jahr 2012 langsam auf 8.600 im Jahr 2020, womit die Basis II wieder erreicht wäre. Ab 2014 bewegt sich

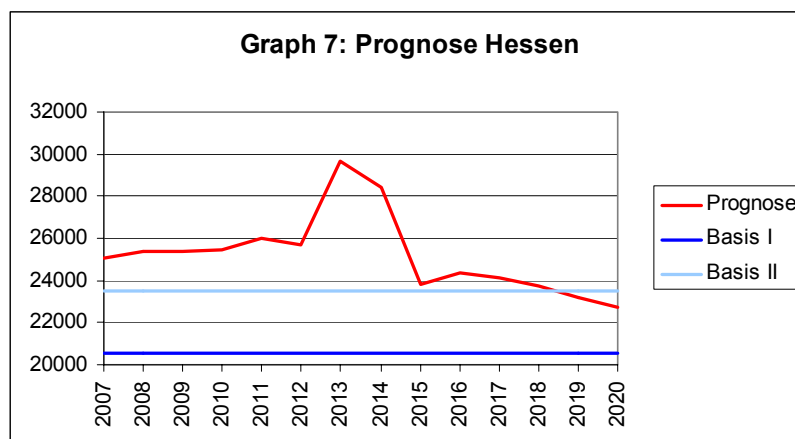
die Prognose unter der Basis I. Dies bedeutet, dass bis 2011 mit einem teils massiven Anstieg zu rechnen ist, danach befinden sich die Zahlen zwischen den beiden Basiswerten. Je nachdem welche davon als Grundlage genommen wird, ergeben sich unterschiedliche Handlungsanweisungen.

Auch in Hamburg ist die Rate der heimischen StudienanfängerInnen mit 46% sehr niedrig. 12% kommen aus Niedersachsen und sogar 14% aus Schleswig-Holstein. Hier zeigt sich wieder die typische Wanderung aus den umliegenden Flächenländern in die Stadtstaaten. Die hohen Studienanfängerzahlen im Jahr 2011 sind demnach mit dem doppelten Abiturjahrgang in Niedersachsen zu erklären. Je etwa 7% der Hamburger Studienberechtigten, die ein Studium beginnen, gehen nach Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Dort stellen sie 2% bzw. 6% der StudienanfängerInnen.

### 3.2.4.7. Hessen

Die Basis I liegt mit 20.600 StudienanfängerInnen unter der Basis II mit 23.500 StudienanfängerInnen. Die Zahlen steigen bis 2012 bis auf fast 26.000. Durch die doppelten Abiturjahrgänge 2013 und 2014 erhöhen sich die Studienanfängerwerte in diesen Jahren auf 29.700 bzw. 28.400. Diese liegen 6.200 (+26%) bzw. 4.900 (+21%) über der Basis II und sogar 9.100 (+44%) bzw. 7.800 (+38%) über der Basis I. Nimmt man die Zahlen der beiden Jahre zusammen, kommt man auf die Hälfte bzw. drei Viertel der Universität Gießen (21.600 Studierende)<sup>20</sup>. Von 2016 bis 2020 sinken die Studienanfängerzahlen von 24.400 auf 22.700, womit sie immer noch deutlich über der Basis I und am Ende nur knapp unter der Basis II liegen.

Fast zwei Drittel der StudienanfängerInnen in Hessen sind Landeskinder. Mit 9% sind



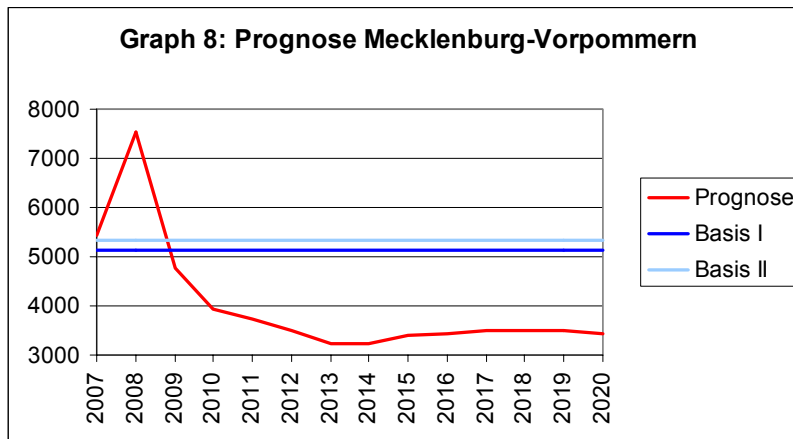
die Immigranten aus Nordrhein-Westfalen die zweitstärkste Gruppe. Der doppelte Abiturjahrgang von 2013 in diesem Bundesland zeigt sich demnach auch erkennbar in den

hessischen Zahlen. Fast 9% der Studierwilligen geht von Hessen nach Rheinland-Pfalz. Dort machen sie immerhin 14% der StudienanfängerInnen aus.

<sup>20</sup> Justus-Liebig-Universität Gießen (2006): Die Universität in Zahlen – Studierende, Stand WS 2005/06, <http://www.uni-giessen.de/uni/informationen/uni-zahlen.html>, Zugriff am 5.12.2006.

### 3.2.4.8. Mecklenburg-Vorpommern

Die Basis I liegt bei 5.100 StudienanfängerInnen, die Basis II mit 5.300 etwas höher. Bis 2007 erhöht sie sich auf 5.400. 2008 wird ein exzeptionelles Hoch durch den dop-



pelten Abiturjahrgang erreicht. Dann steigt die Nachfrage nach Studienanfängerplätzen auf 7.500. Sie liegt mit 2.200 (+42%) bzw. 2.400 (+47%) StudienanfängerInnen deutlich über den

Vergleichswerten II und I. Das entspricht in etwa der Hälfte der Hochschule Wismar (4.374 Studierende)<sup>21</sup>. Anschließend sinken die Werte von 4.800 im Jahr 2009 auf 3.200 im Jahr 2014. Nach diesem Tief steigen die Zahlen bis 2017 auf 3.500, um dann bis 2020 auf 3.400 leicht zurückzugehen. Dies bedeutet geringere Studienanfängerzahlen ab 2009 von bis zu 2.100, bzw. 1.900 zu den Vergleichsbasen II und I, die umfangreich frei werdende Studienkapazitäten vermuten lassen.

Genau 60% der StudienanfängerInnen in Mecklenburg-Vorpommern kommen aus dem Bundesland selbst. Die zweitstärkste Gruppe sind mit 10% die Brandenburger, gefolgt von 6% Berlinern. Da in beiden Bundesländern die Prognosen rückläufig sind, haben diese Wanderungen keine große Kompensationswirkung auf die brandenburgische Entwicklung. Die Brandenburger Studieninteressierten zieht es nach Berlin (9%) und Hamburg (6%), wo sie aber nicht weiter ins Gewicht fallen.

### 3.2.4.9. Niedersachsen

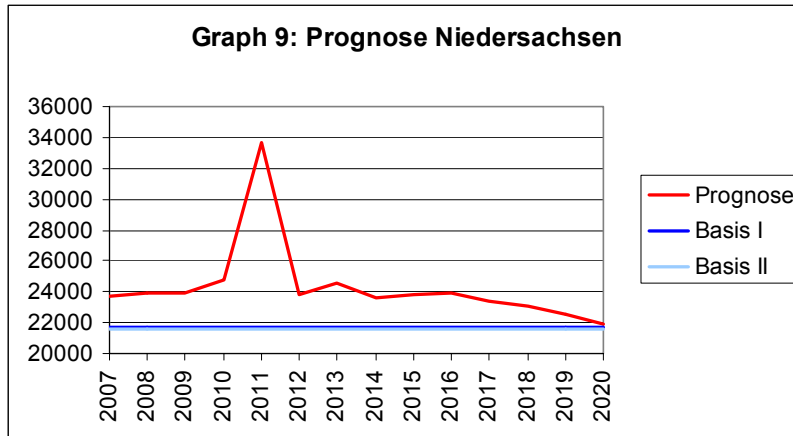
Die Basis I liegt mit 21.700 nur marginal über der Basis II mit 21.600. Bis 2010 steigen die prognostizierten Studienanfängerzahlen auf 24.800. Durch den doppelten Abiturjahrgang sticht das Jahr 2011 mit 33.700 StudienanfängerInnen besonders hervor und birgt ein Potential, das die Basen I und II um 12.000 (+55%), bzw. 12.100 (+56%) übertrifft. Eine Hochschule größer als die Universität Oldenburg (11.530 Studierende)<sup>22</sup> ist erforderlich, dieses Potential junger Menschen wissenschaftlich zu qualifizieren. Ab

<sup>21</sup> Hochschule Wismar (2006): Zahlen zum Semesterstart 2006/2007, Stand 27.9.2006, <http://www.hs-wismar.de/2093+M54a708de802.html>, Zugriff am 5.12.2006.

<sup>22</sup> Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (2006): Statistische Daten – Daten aus Studium und Lehre 2005, Stand 1.6.2005, [http://www.uni-oldenburg.de/praesidium/studiumlehre/download/zahlenspiegel/2005/Zahlenspiegel\\_2005.pdf](http://www.uni-oldenburg.de/praesidium/studiumlehre/download/zahlenspiegel/2005/Zahlenspiegel_2005.pdf), Zugriff am 5.12.2006. S. 18.

2012 sinken die Zahlen fast kontinuierlich und allmählich von 23.800 im Jahr 2012 auf 21.900 im Jahr 2020. Damit liegt die Prognose durchgehend über beiden Vergleichsbasen, was zeigt, dass das *Studierendenhoch* auch in Niedersachsen ein zumindest mittelfristiges Phänomen ist.

Genau zwei Drittel der StudienanfängerInnen in Niedersachsen sind Landeskinder. Etwa 10% der Hochschulzugangsberechtigten aus Nordrhein-Westfalen studieren in Niedersachsen, was den leichten Anstieg der Zahlen im Jahr 2013, verursacht durch

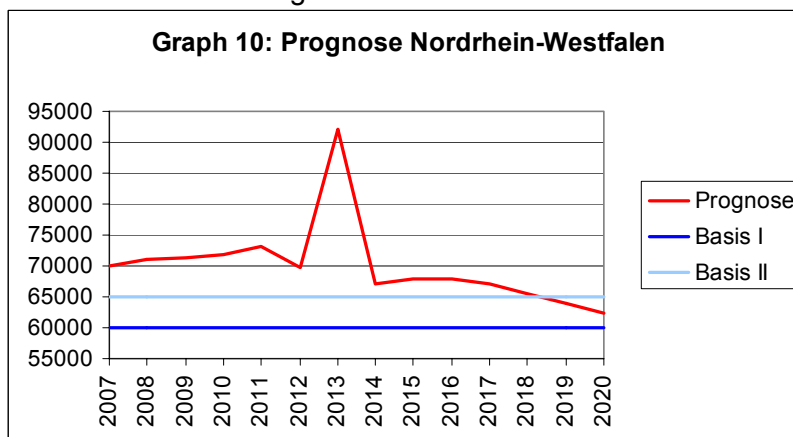


den doppelten Abiturjahrgang in Nordrhein-Westfalen, erklärt. Aus der Gruppe mobiler niedersächsischer Studierwilliger wandern 11% nach Nordrhein-Westfalen

und 6% nach Bremen. Dort machen sie 4% (in Nordrhein-Westfalen) bzw. 39% (in Bremen) der StudienanfängerInnen aus, was an den unterschiedlichen Größenverhältnissen der Studienanfängerzahlen in den jeweiligen Bundesländern liegt.

### 3.2.4.10. Nordrhein-Westfalen

Die Basis I liegt in Nordrhein-Westfalen bei 60.000 StudienanfängerInnen, die Basis II mit 65.100 deutlich darüber. Bis zum Jahr 2011 steigen die Erstsemesterzahlen weiter bis auf 73.100. 2012 gibt es einen kleinen Einbruch auf 69.700. Herausstechend ist



das Jahr 2013 durch den doppelten Abiturjahrgang. Der Andrang auf die Hochschulen erhöht sich in Nordrhein-Westfalen auf 92.200. Damit liegt er mit einer Differenz von 27.100

(Basis II, +42%), bzw. 32.200 (Basis I, +54%) deutlich über den Vergleichsbasen. Zur Einordnung: An der bundesweit größten Hochschule, der Universität zu Köln, studie-

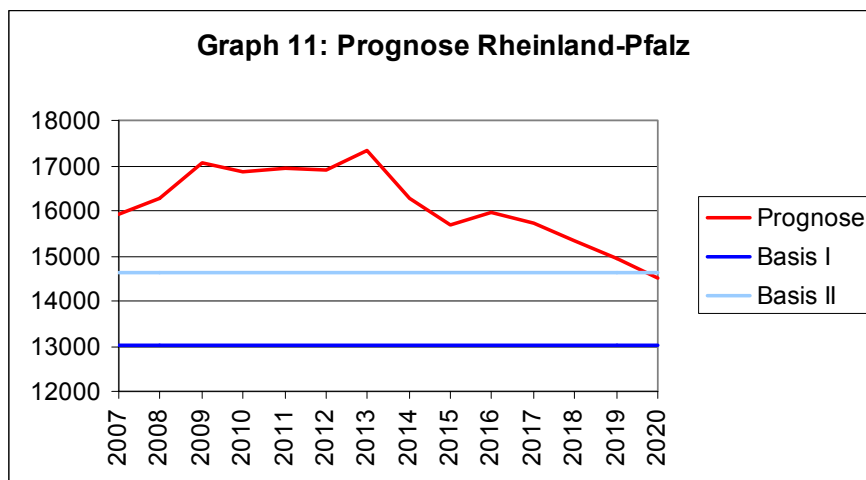


ren 47.023 Menschen.<sup>23</sup> An der Universität der Landeshauptstadt Düsseldorf z. B. gibt es dagegen zurzeit nur 17.800 Studierende.<sup>24</sup> Diese Vergleichszahlen verdeutlichen das Ausmaß dieses außerordentlichen *Studierendenhochs*. Ab 2014 sind die Werte dann wieder rückläufig und sinken von 69.700 auf 62.500 im Jahr 2020. Am Ende des Prognosezeitraums befinden sie sich zwischen den beiden Vergleichsbasen. Unter die Basis II rutschen sie aber erst 2018.

In Nordrhein-Westfalen ist der prozentuale Anteil der Landeskinder an den StudienanfängerInnen mit 81% bundesweit am höchsten. Es sticht kein Bundesland als Herkunftsland hervor. Auch die Neigung in andere Bundesländer zu gehen ist prozentual gesehen nicht sehr hoch. Immerhin 4% eines Jahrgangs zieht es nach Niedersachsen, 3% nach Hessen. Dort fällt die Gruppe durch ihre Stärke jedoch deutlich auf, denn sie macht vor Ort 10% (in Niedersachsen) bzw. 9% (in Hessen) aus.

### 3.2.4.11. Rheinland-Pfalz

Die Basis I liegt mit 13.000 StudienanfängerInnen etwas unter der Basis II mit 14.600. Bis 2009 steigen die Werte auf 17.100. Von 2010 bis 2012 bleiben sie auf dem Niveau



von 16.900, um sich dann 2013 auf 17.300 zu erhöhen.

Anschließend sinken die Zahlen fast kontinuierlich auf 14.500 im Jahr 2020. Erst in

diesem Jahr kommen sie auf ein Niveau unter der Basis II, bleiben aber immer noch über der Basis I. Eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre ist bisher noch nicht vorgesehen und daher auch nicht Teil der Prognose.

Mit 55% eigenen Hochschulzugangsberechtigten an den StudienanfängerInnen ist die Quote relativ niedrig. Starke Gruppen aus anderen Bundesländern stellen die Hessen (14%), Nordrhein-Westfalen (8%), Saarländer (8%) und Baden-Württemberger (7%).

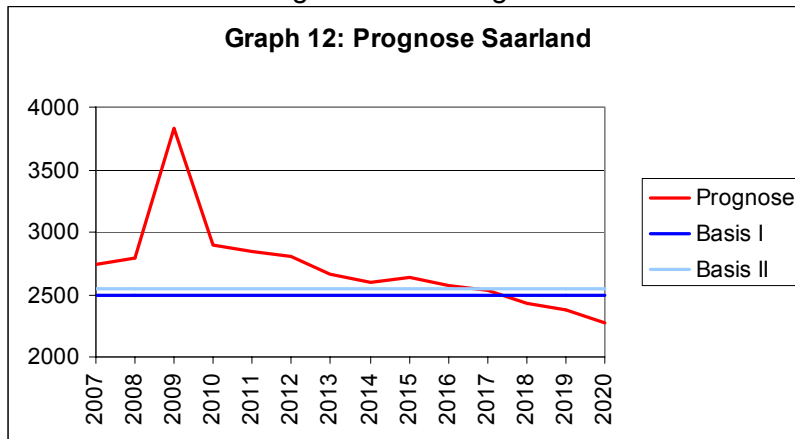
<sup>23</sup> Universität zu Köln (2006): Statistiken, Stand Wintersemester 2006/2007, [http://www.uni-koeln.de/uni/uniinfo\\_zahlen.html](http://www.uni-koeln.de/uni/uniinfo_zahlen.html), Zugriff am 6.12.2006.

<sup>24</sup> Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (2006): Studierendenstatistik (als Personen) für das Wintersemester 2006/2007, Stand 15.11.2006, [http://www.uni-duessel-dorf.de/home/Kopfnavigation/Mitarbeiter/Organisation/Dez2/Dez21/planung/Dokumente/students\\_20062p.pdf](http://www.uni-duessel-dorf.de/home/Kopfnavigation/Mitarbeiter/Organisation/Dez2/Dez21/planung/Dokumente/students_20062p.pdf), Zugriff am 6.12.2006. S. 5.

Die deutlichste Wanderungsbewegung in die andere Richtung findet sich mit 14% eines Jahrgangs der Hochschulzugangsberechtigten nach Baden-Württemberg und mit 11% nach Nordrhein-Westfalen. Dort fallen sie prozentual nicht besonders auf: Sie stellen 3% der StudienanfängerInnen in Baden-Württemberg und 2% in Nordrhein-Westfalen.

### 3.2.4.12. Saarland

Die Basen I und II liegen mit 2.500 gleichauf. Bis 2008 steigen die prognostizierten



StudienanfängerInnen auf 2.800, um dann 2009 bedingt durch den doppelten Abiturjahrgang ein Hoch von 3.800 zu erreichen. Dieser Wert liegt um 1.300 (+52%) über den beiden

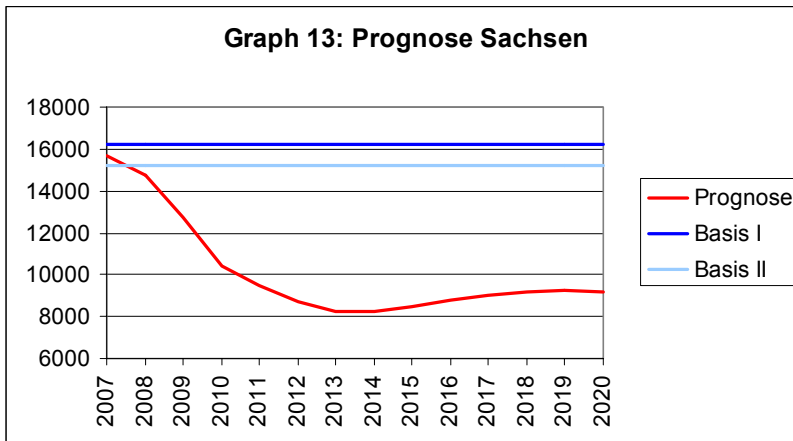
Vergleichsbasen. Ab 2010 fallen die Werte allmählich von 2.900 auf 2.300 im Jahr 2020. Bis 2018 existiert im Saarland ein durchgehender Nachfrageüberschuss, erst jetzt werden zum ersten Mal die Vergleichsbasen unterschritten.

Die Saarländer machen 70% der StudienanfängerInnen im eigenen Land aus. Hinzu kommen 11% aus Rheinland-Pfalz. Ansonsten sticht kein anderes Bundesland besonders hervor. Dagegen gehen 27% aus dem Saarland nach Nordrhein-Westfalen, wo sie aber nur 0,3% der Erstsemester stellen, was den sehr unterschiedlichen Größenverhältnissen geschuldet ist.

### 3.2.4.13. Sachsen

Die Basis I liegt mit 16.200 deutlich höher als die Basis II, die gerade einmal 15.300 StudienanfängerInnen umfasst. Auch in der mittelfristigen Entwicklung zeigt sich eine klare abfallende Tendenz. Von 15.700 StudienanfängerInnen im Jahre 2007 verbleiben im Jahr 2014 gerade noch 8.200. Dies sind 7.100 weniger (-46%) als Basis II und sogar 8.000 weniger (-49%) als Basis I. Von diesem Tief erholen sich die Werte bis 2020 ein wenig. Für dieses Jahr werden 9.200 StudienanfängerInnen prognostiziert. Doch liegt diese Zahl immer noch weit unter dem Ausgang von Basis II (-6.100, -40%) und von Basis I (-7.000, -43%).

Mit einem Prozentsatz von 64% kommen fast zwei Drittel der Erstsemester aus Sachsen selbst. Weitere relativ große Gruppen stellen die Thüringer und Brandenburger mit

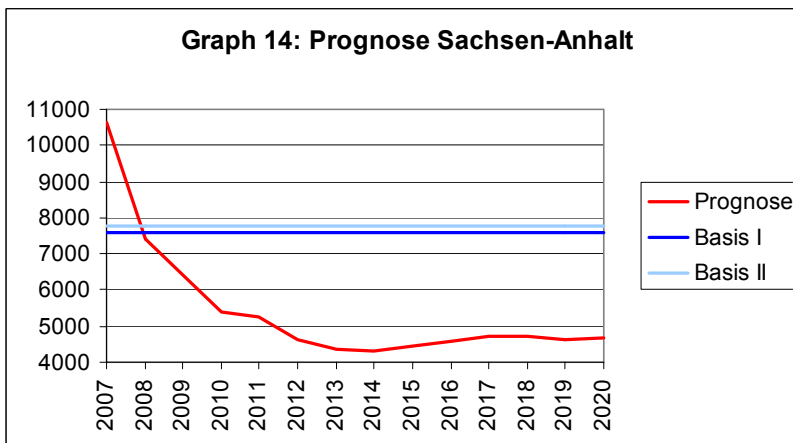


jeweils 7%. Diese zuwandernden StudienanfängerInnen können die negative demographische Prognose der Sachsen nicht kompensieren, da die demographische Ent-

wicklung in diesen Bundesländern auch einem Abwärtstrend folgt. 6% der Sachsen zieht es ins nördliche Nachbarland Sachsen-Anhalt und 5% ins südliche Nachbarland Bayern. Während die Gruppe der Sachsen in Sachsen-Anhalt mit 11% noch relativ stark ist, ist sie in Bayern mit 2% wenig auffällig.

#### 3.2.4.14. Sachsen-Anhalt

Die Basis I liegt mit 7.600 leicht unter der Basis II mit 7.700. Der erste Erstsemesterjahrgang des Prognose-Zeitraums (2007), fällt durch den doppelten Abiturjahrgang



besonders stark aus. Es ergeben sich 11.100 Studieninteressenten. Danach sind die Zahlen stark rückläufig. Von 7.400 im Jahr 2008 fallen sie ab auf 4.300 im Jahr

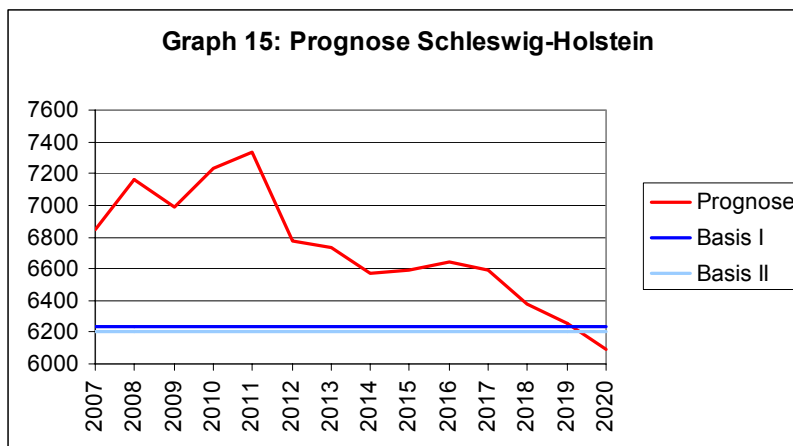
2014. Schließlich steigen sie wieder leicht auf 4.700 im Jahr 2017. Auf diesem Niveau verbleiben die Zahlen der Prognose bis 2020. Über den gesamten Zeitraum ab einschließlich 2008 liegen die Werte deutlich unter den Vergleichsbasen. Es ist ein Rückgang von über 3.000 StudienanfängerInnen pro Jahr gegenüber Basis I und II zu verzeichnen, was ungefähr einer prozentualen Abnahme von 40% entspricht. Dies spricht für das Freiwerden von großen Kapazitäten an den Hochschulen des Landes.

Nur 57% der StudienanfängerInnen kommen selbst aus Sachsen-Anhalt. 11% kommen aus Sachsen, 6% aus Brandenburg und Thüringen und 5% aus Niedersachsen, also aus benachbarten Bundesländern. 12% der Sachsen-Anhalter zieht es dagegen

nach Sachsen, 7% nach Niedersachsen und 5% nach Thüringen, womit die Abwanderungsrichtung fast vollständig dem entspricht, woher die Zuwanderung kommt: Dort machen sie 7% (Sachsen), 3% (Niedersachsen) und 6% (Thüringen) der Erstsemester aus.

### 3.2.4.15. Schleswig-Holstein

Basis I und II liegen mit 6.200 gleichauf. Von dort steigen sie bis 2011 – mit einem kleinen Einbruch in 2009 – auf 7.300 StudienanfängerInnen. Danach entwickeln sich



die Zahlen rückläufig, bis sie 2020 den Wert 6.100 erreichen, womit sie zum ersten Mal die Vergleichsbasen unterschreiten. Dies bedeutet über den gesamten Prognose-

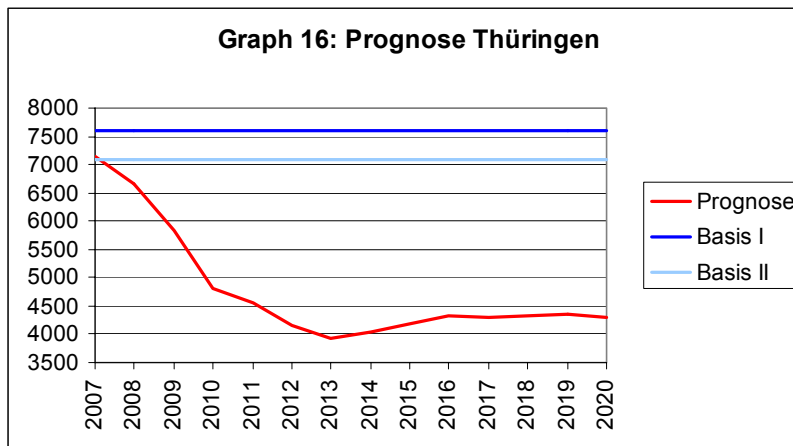
zeitraum eine höhere Nachfrage nach Studienplätzen als in den Referenzzeiträumen (2000 bis 2004, 2005).

Mit 61% Landeskindern unter den StudienanfängerInnen liegt Schleswig-Holstein bundesweit im Mittelfeld. Die zweitgrößte Gruppe stellen die Niedersachsen mit 12%, gefolgt von den Hamburgern mit 6%. Auch hier geht die Gegenwanderung in genau diese Bundesländer. 17% der Schleswig-Holsteiner zieht es zum Studienanfang nach Hamburg und 8% nach Niedersachsen, wo sie mit 14% (Hamburg) und 3% (Niedersachsen) unterschiedlich stark ins Gewicht fallen.

### 3.2.4.16. Thüringen

Die Basis II fällt mit 7.100 schon um ca. 500 StudienanfängerInnen ab gegenüber der Basis I mit 7.600. Der Abwärtstrend setzt sich in der weiteren Entwicklung fort. Von 7.100 im Jahr 2007 fallen die Studienanfängerzahlen auf ein Tief von 3.900 im Jahr 2013. Davon erholen sie sich wieder leicht und erreichen von 2016 bis 2020 ein Niveau um die 4.300. Somit liegen sie nach 2007 konstant unter den Vergleichsbasen und dies auch in einem deutlichen Umfang. Es ergibt sich eine Differenz von um die 3.000 StudienanfängerInnen, was einem prozentualen Rückgang von knapp 40% entspricht.

65% der StudienanfängerInnen in Thüringen kommen von dort. Die meisten Studien-



anfängerInnen strömen aus Sachsen (9%) und Sachsen-Anhalt (6%) zu. Die Hochschulzugangsberechtigten, die das Land zur Studienaufnahme verlassen, zieht es vor

allem nach Sachsen (13%), Bayern (7%) und Hessen (6%). In den westlichen Bundesländern fallen sie mit je 2% nicht weiter ins Gewicht. In Sachsen fallen sie mit 7% schon deutlicher auf.

### 3.2.5. Zusammenfassung der Entwicklung der Studienanfängerzahlen

In Berlin und den östlichen Bundesländern findet in der Zeit bis 2020 ein starker Rückgang der prognostizierten Studienanfängerzahlen statt. Dabei fallen sie aber – außer in Sachsen und Thüringen – erst 2009 unter die beiden Vergleichsbasen. Dies bedeutet, dass vor dem Ablauf des Hochschulpakts im Jahr 2010 wenig Kompensationsmöglichkeit der steigenden Studienanfängerzahlen im Westen durch freiwerdende Studienanfängerplätze in Berlin und Ostdeutschland besteht. Die geringe Größenordnung der potentiell freiwerdenden Kapazitäten erlaubt auch nach 2010 nur einen teilweisen Ausgleich der prognostizierten Spitzen in den westlichen Bundesländern. Dort findet sich nämlich eine gegenteilige Entwicklung mit stark ansteigenden Studienanfängerzahlen, verstärkt durch die Sondereffekte doppelter Abiturjahrgänge. Erst gegen Ende des Prognosezeitraums, also kurz vor 2020, fallen die prognostizierten Werte in manchen Bundesländern unter mindestens eine der beiden Vergleichsbasen. Bundesweit gesehen stellen die Jahre 2011 bis 2013 die größte Herausforderung dar, da in den zahlenmäßig stärksten Bundesländern – Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen – die doppelten Abiturjahrgänge die Schulen verlassen und an die Hochschulen streben.

Was die Mobilität in den Bundesländern anbelangt, zeigt sich bundesweit ein einheitliches Bild: Mehr als die Hälfte (eine Ausnahme ist Brandenburg mit 30%) der Hochschulzugangsberechtigten, die ein Studium beginnen, tun dies im eigenen Bundesland. Wanderungen finden zumeist nur in benachbarte Bundesländer statt. So würde bei gleichbleibendem Wanderungsverhalten nur ein sehr geringer Kompensationseffekt zwischen den großen westlichen Flächenstaaten mit stark ansteigenden Studien-

anfängerzahlen und den östlichen Bundesländern mit zurückgehenden Erstsemestern greifen. Grundlage dieser Analyse ist eine noch nicht veröffentlichte Mobilitätsmatrix der Studierendenwanderung in Deutschland des Jahres 2004.<sup>25</sup> Vergleicht man diese Zahlen mit früheren Statistiken, so gibt es im einzelnen zwar deutliche Abweichungen, aber an der Grundlogik der Wanderung der StudienanfängerInnen ändert sich nichts: Wird das Bundesland, in dem die Hochschulzugangsberechtigung erlangt wurde, verlassen, geht es vor allem in benachbarte Bundesländer. Dies bedeutet, dass es für einen Ausgleich im größeren Stil zwischen den westlichen Flächenländern und den östlichen Bundesländern einer qualitativen, nicht nur quantitativen, Veränderung der Mobilität der StudienanfängerInnen bedarf.

### 3.3. Ausgaben der Hochschulen – Indizes

Als nächstes werden die aktuellen Ausgaben der Hochschulen (Stand 2004)<sup>26</sup> beleuchtet. Grundgedanke ist hierbei, einen differenzierten Einblick zu bekommen, wie viel pro StudentIn ausgegeben wird. Dabei werden nicht die absoluten Preise veranschlagt. Dies ist nicht möglich, weil die nötigen statistischen Angaben fehlen und zu viele Schätzungen nötig wären, die nicht belastbar sind. Daher werden die Ausgaben je Studierendem / je Studierender in Indizes angegeben.

Grundlage sind die Ausgaben der Hochschulen des Jahres 2004 aus der amtlichen Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes.<sup>27</sup> Diese werden in Relation zu den Studierendenzahlen (nationale Kennzahlen) der Publikation *Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen* des Statistischen Bundesamtes gebracht.<sup>28</sup> Dies geschieht in drei Komplexitätsstufen. Zunächst wird nach Hochschularten differenziert. Das heißt, dass zwischen Universitäten, Pädagogischen Hochschulen, Theologischen Hochschulen und Kunsthochschulen auf der einen Seite und den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) auf der anderen Seite unterschieden wird. Ein besonderer Faktor ist die Hochschulmedizin, die ebenso berücksichtigt wird. Es wird ein je spezifischer Lehranteil an den Ausgaben angenommen, der aber bei den relativen Preisen nur in seiner Relation überhaupt ins Gewicht fällt, die weniger kritisch ist als die absolute Höhe. Das Ergebnis sind bundesweite Indizes für die jeweiligen Hochschularten, wobei der durchschnittliche Bundesindex die Hochschulmedizin nicht beinhaltet. Diese Entscheidung wurde gefällt, da auch die Berechnungen des Hochschulpaktes die Medizin ausklammern und dieses Arbeitspapier auf Vergleichbarkeit abzielt.

<sup>25</sup> Kultusministerkonferenz (2006), a.a.O.

<sup>26</sup> Statistisches Bundesamt (2006a): Bildung und Kultur – Finanzen der Hochschulen, Berichtszeitraum 2004. Fachserie 11 Reihe 4.5. S. 143ff.

<sup>27</sup> Statistisches Bundesamt (2006a), a.a.O. S. 143ff.

<sup>28</sup> Statistisches Bundesamt (2006b), a.a.O. S. 117ff.

Die nächste Komplexitätsstufe betrachtet nun die Indizes der Länder. Dies geschieht zuerst über die Hochschularten (ohne Hochschulmedizin) hinweg, um die Ergebnisse dann nach den verschiedenen Hochschultypen aufzubrechen. Auf der dritten Komplexitätsstufe werden die Hochschularten selbst in Fächergruppen<sup>29</sup> aufgeteilt. Auch hier stehen am Anfang die bundesweiten Zahlen, die dann nach Bundesländern unterschieden werden. Am Ende stehen die jeweiligen Indizes eines bestimmten Fächerclusters an einem bestimmten Hochschultyp in einem bestimmten Bundesland. Damit wären alle drei in diesem Arbeitspapier behandelten Differenzierungsebenen berücksichtigt und in Bezug zueinander gebracht. Das Ergebnis ist ein 3D-Modell, welches das Phänomen der relativen Studienausgaben adäquat wiedergibt.

Die Ausgaben der Hochschulen im Jahr 2004 gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamtes<sup>30</sup> enthalten folgende Ausgabearten:

- Laufende Ausgaben
  - Personalausgaben
  - Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude (einschl. Mieten und Pachten)
  - Übrige sächliche Verwaltungsausgaben
  - Zuschüsse für laufende Zwecke
- Investitionsausgaben
  - Erwerb von Grundstücken
  - Baumaßnahmen
  - Ersteinrichtungen im Rahmen von Baumaßnahmen
  - Sonstiger Erwerb von beweglichen Sachen

Nicht enthalten sind

- bei den laufenden Ausgaben:
  - Versorgungsbezüge, Beihilfen und dgl. für Versorgungsempfänger, Versorgungszuschläge zu Beamtenbezügen
  - Kalkulatorische Mieten
  - Abschreibungen

---

<sup>29</sup> Nach der Einteilung des Statistischen Bundesamtes.

<sup>30</sup> Statistisches Bundesamt (2006a), a.a.O. S. 24f.

- Zins- und Tilgungsausgaben, Stipendien und andere Ausgaben der Studienförderung, Erstattungen an Studentenwerke und studentische Organisationen (z.B. ASTA)
- bei den Investitionsausgaben:
  - Erwerb von Beteiligungen, Gewährung von Darlehen, Besondere Finanzierungsausgaben

Diese In- und Exklusionen bestimmen entscheidend die Reichweite und Grenzen der Ausgabenstatistik. Auch aus der möglichen Strittigkeit der Berücksichtigung der einzelnen Punkte zur Berechnung von Lehrkosten heraus, erfasst dieses Arbeitspapier nur Indizes. Dadurch fließen alle Werte nur als Relationen in das Ergebnis ein.

### 3.3.1. Hochschulausgaben nach Hochschulart

Der bundesweite Durchschnitt wird mit dem Index 100 angegeben. Dieser beinhaltet alle Fächer an allen Hochschulen des Bundesgebiets ohne die Hochschulmedizin. Bei den Universitäten und vergleichbaren Hochschulen wurde ein Lehranteil an den Ausgaben von 50% angenommen, bei den Fachhochschulen 80%. Dies sind Schätzungen, die in etwa auch dem Ergebnis des kombinierten Ansatzes von HIS aus normativer Setzung und Empirie entspricht.<sup>31</sup> Belastbare Daten liegen leider nicht vor. Da das CHE jedoch relative Indizes und keine absoluten Werte erhebt, spielt die absolute Höhe des Lehranteils keine Rolle. Es verbleibt nur die Relation zwischen den Prozentsätzen<sup>32</sup>, die unstrittiger sein sollte, als es die absoluten Werte sind.

Bei den Universitäten und vergleichbaren Hochschulen ergibt sich ein Index von 104. Dies bedeutet, dass für einen Universitätsstudenten / eine Universitätsstudentin 104% der durchschnittlichen Lehrausgaben getätigt werden. Bei den Fachhochschulen liegt der Index mit 89 deutlich niedriger. Diese Zahlen geben jedoch keine Wertung ab, da man darüber streiten kann, ob es besser ist, wenn viel oder wenig ausgegeben wird. Hohe relative Ausgaben können hohe Qualität vermuten lassen, können aber genauso gut auf Ineffizienz oder gar Verschwendung hinweisen. Bei niedrigen relativen Ausgaben ist die genau umgekehrte Argumentation möglich. Daher gibt dieses Arbeitspapier nur die Indizes wider, kommentiert sie jedoch nicht weiter.

<sup>31</sup> Hochschul-Informationssystem (2003): Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleiche an Hochschulen – Werkstattbericht zu einem Vergleich der Ergebnisse von Universitäten und Fachhochschulen. A7/2003. S. 20-24.

<sup>32</sup> z. B. bei den Ausgaben je Studierendem/ je Studierender an einer Universität oder vergleichbaren Hochschule ergibt sich folgender Term:

$$1 + \frac{\text{Studierende(Fachhochschulen)}}{\text{Studierende(Universitäten)}} \cdot \frac{\text{Ausgaben(Fachhochschulen)} \times 80\%}{\text{Ausgaben(Universitäten)} \times 50\%}$$



### 3.3.2. Hochschulausgaben nach Bundesland und Hochschulart

Bei der Vergleichbarkeit der Ausgaben der Länder<sup>33</sup> ergeben sich leider statistische Verzerrungen, die quantitativ nicht zu eliminieren sind.<sup>34</sup> So verwenden manche Hochschulen in einigen Bundesländern ein kaufmännisches, andere ein kameralistisches Rechnungswesen. In Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen rechnen alle Hochschulen kaufmännisch, in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein betrifft dies einige. In Niedersachsen wird schließlich auch der Versorgungsaufwand für das Personal seit 2001 den Hochschulen zugeschlagen. Dort werden auch, wie in Nordrhein-Westfalen, Mieten an das Land gezahlt. Dies bedeutet, dass die Ausgaben vor allem von Niedersachsen in Relation zu den anderen Bundesländern aus rechentechnischen Gründen höher ausfallen. Diese Verzerrung kann aufgrund der Datenlage nicht beseitigt werden.

	Durchschnitt	Universitäten, ThH, Kunsthochschulen, exkl. Hochschulmedizin	PH, Fachhochschulen exkl. Verwaltungsfachhochschulen
Baden-Württemberg	113	122	93
Bayern	104	111	88
Berlin	93	97	80
Brandenburg	97	95	102
Bremen	125	134	104
Hamburg	101	114	71
Hessen	91	98	75
Mecklenburg-Vorpommern	110	115	98
Niedersachsen	121	132	98
Nordrhein-Westfalen	92	91	93
Rheinland-Pfalz	79	78	80
Saarland	117	128	77
Sachsen	104	102	110
Sachsen-Anhalt	94	102	82
Schleswig-Holstein	88	95	80
Thüringen	101	104	92

**Tabelle 2: Länderindizes**

Den höchsten Index erreicht Bremen mit 125 (vgl. Tab. 3), gefolgt von Niedersachsen (121) und dem Saarland (117). Bei dem Land Niedersachsen machen sich wahrscheinlich die statistischen Verzerrungen bemerkbar. Die hohen Werte bei Bremen und dem Saarland lassen auf eine Korrelation zwischen geringer Studierendenzahl und hohem Index schließen, was sich rechnerisch jedoch nicht bestätigen lässt. Dies zeigt auch der Umstand, dass Baden-Württemberg den vierthöchsten Index hat (113).

<sup>33</sup> Auch hier wird die Hochschulmedizin ausgeklammert.

<sup>34</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2006), a.a.O. S. 27.

Den mit Abstand niedrigsten Wert hat Rheinland-Pfalz mit 79. Danach folgen Schleswig-Holstein (88) und Hessen (91).

Differenziert man die Indizes nach Hochschularten, so stellt man fest, dass die Werte für die Universitäten und vergleichbaren Hochschulen in der Regel höher liegen als bei den Fachhochschulen, wie schon die bundesweiten Indizes gezeigt haben. Ausnahmen bilden Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen. Die höchsten universitären Indizes haben Bremen (134), Niedersachsen (132) und das Saarland (128), die gleichen Bundesländer in der gleichen Reihenfolge wie bei den hochschulartenübergreifenden Zahlen. Die niedrigsten weisen Rheinland-Pfalz (78), Nordrhein-Westfalen (91) und Schleswig-Holstein (95) aus. Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein fanden sich auch schon bei der hochschulübergreifenden Betrachtung in der unteren Gruppe.

Bei den Fachhochschulen fallen Sachsen (110), Bremen (104) und Brandenburg (102) mit hohen Werten und Hamburg (71), Hessen (75) und das Saarland (77) mit niedrigen Werten auf. Erstaunlich ist die große Differenz zwischen beiden Indizes im Saarland, welche dort 51 Indexpunkte beträgt. Es folgen Hamburg (43 Indexpunkte) und Niedersachsen (34 Indexpunkte).

Die zweite Komplexitätsstufe zeigt schon ein weitaus differenzierteres Bild. Zwischen dem höchsten Indexwert (Saarland, Universität, 134) und dem niedrigsten (Hamburg, Fachhochschule, 71) liegen ganze 64 Punkte, was exemplarisch die großen Variationen der relativen Hochschulausgaben je Student / je Studentin widerspiegelt, wenn man nach Bundesland und Hochschulart unterscheidet. Die Unterschiede können auch von divergierenden Fächerangeboten in den Ländern herrühren, weshalb der nächste Schritt der Fächergruppenbetrachtung zusätzlich Sinn macht, weil diese mögliche Verzerrung dadurch aufgehoben wird.

### **3.3.3. Hochschulausgaben nach Fächergruppen (damit auch nach Hochschulart) und Bundesland**

In der letzten Komplexitätsstufe, werden nun die einzelnen Fächergruppen näher durchleuchtet. Dabei liegt die Einteilung des Statistischen Bundesamtes zugrunde. Bei den Universitäten und den gleichgestellten Hochschulen, zusammen mit den Kunsthochschulen, wird zwischen neun Fächerclustern unterschieden: 1) Sprach- und Kulturwissenschaften, 2) Sport, 3) Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 4) Mathematik, Naturwissenschaften, 5) Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften, 6) Veterinärmedizin, 7) Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, 8) Ingenieurwissenschaften und 9) Kunst, Kunstwissenschaften. Bei den Fachhochschulen unter-

scheidet das Statistische Bundesamt sieben Fächergruppen: 1) Sprach- und Kulturwissenschaften, 2) Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 3) Mathematik, Naturwissenschaften, 4) Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften, 5) Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, 6) Ingenieurwissenschaften und 7) Kunst, Kunstwissenschaften.

<b>Universitäten und vergleichbare Hochschulen</b>	
Sprach- und Kulturwissenschaften	70
Sport	82
Rechts- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	63
Mathematik, Naturwissenschaften	150
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften*	1.149
Veterinärmedizin	247
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	191
Ingenieurwissenschaften	177
Kunst, Kunstwissenschaften	115
<i>*Diese Fächergruppe wurde im Hochschulpakt nicht berücksichtigt.</i>	
<b>Fachhochschulen</b>	
Sprach- und Kulturwissenschaften	90
Rechts- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	74
Mathematik, Naturwissenschaften	83
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften	46
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	103
Ingenieurwissenschaften	110
Kunst, Kunstwissenschaften	107

**Tabelle 3: Bundesweite Indizes der Fächergruppen**

Im Folgenden werden nun fächergruppenspezifischen Ausgaben durch die jeweiligen Studierendenzahlen geteilt. Zusätzlich werden die Ausgaben für zentrale Einrichtungen mittels der Verteilung der Studierendenzahlen auf die Fächergruppen umgelegt. Außerdem wird wie bisher ein Lehrquotient von 50% (Universitäten und vergleichbare Hochschulen) und 80% (Fachhochschulen) angenommen. Aufgrund der Besonderheiten der Hochschulmedizin wird bei der universitären Medizin ein Lehranteil von nur 25% zugrunde gelegt. Im Cluster Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften findet sich keine Ausbildung an den Universitätsklinika, sondern andere Arten, weshalb wie an den Fachhochschulen üblich die Lehr-

ausgaben mit 80% veranschlagt werden. Die Ergebnisse werden schließlich durch den allgemeinen Bundesdurchschnitt (Indexwert 100) geteilt. Das Resultat sind die durchschnittlichen relativen Ausgaben je Fächergruppe. Später wird noch die Betrachtungsebene der Bundesländer hinzugezogen. Um die Verzerrungen der unterschiedlichen Länderstatistiken aufzuheben, werden abschließend noch die Indizes der Fächercluster im Verhältnis zum Landesdurchschnitt wiedergegeben.

Sieht man sich nun die bundesweiten Indizes der verschiedenen Fächergruppen an, so fallen auch hier große Differenzen auf. Bei den Universitäten, Theologischen, Pädagogischen und Kunsthochschulen reichen die Werte von 63 für die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bis hin zu 247 in der Veterinärmedizin. Die Humanmedizin stellt einen Sonderfall dar, da ihr Index mit 1.149 außerordentlich hoch liegt. Dies liegt an dem besonderen, notwendigen Ausstattungsumfang in der medizi-

nischen Ausbildung. Der hohe Wert verdeutlicht auch, warum diese Fächergruppe im Hochschulpakt ausgeklammert wurde.

Dennoch erscheint eine Ausweitung der Studienplätze im Zuge des Studierendenhochs auch in der universitären Medizin sinnvoll. Generell sollten alle gesellschaftlichen Bedarfe berücksichtigt werden und die Ausweitung der Studienanfängerzahlen nicht nur nach rein finanztechnischen Kriterien erfolgen.

Über dem bundesweiten durchschnittlichen Index an den Universitäten liegen alle Fächergruppen außer den schon erwähnten Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Sprach- und Kulturwissenschaften und Sport. An den Fachhochschulen stellt die Fächergruppe Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften<sup>35</sup> wiederum einen Sonderfall dar. Diesmal fällt der Index mit 46 sehr niedrig aus. Dies kann an statistischen Verzerrungen liegen, die sich dadurch andeuten, dass viele Länder<sup>36</sup> keine oder gar keine Ausgaben in diesem Fächercluster ausweisen, wohl aber Studierende. Sie sind zwar bei der Berechnung des Indexes herausgenommen, doch ist es durchaus möglich, dass dieser Effekt auch in anderen Bundesländern greift, dort aber weniger deutlich. Deutlich höher liegt der zweitniedrigste Index, den die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften haben (74), gefolgt von der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften. Den höchsten Index haben die Ingenieurwissenschaften (110). Danach kommen die Kunst, Kunstwissenschaften (107) und die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (103), die auch die einzigen sind, die über dem Basisindex von 100 liegen.

In einem nächsten Schritt werden nun die Fächergruppen auch nach Bundesländern aufgeteilt. Wird kein Wert in einem Cluster angegeben, so sind entweder keine Studierende in dieser Fächergruppe in dem Bundesland ausgewiesen, keine Ausgaben oder beides nicht. Die zugehörigen Tabellen befinden sich im Anhang des Arbeitspapiers.

Die länderspezifischen Fächergruppenindizes zeigen nicht nur, wie bisher, zwischen den Clustern große Differenzen, sondern auch zwischen den Bundesländern. Exemplarisch sollen hier die Sprach- und Kulturwissenschaften an Universitäten herausgegriffen werden. Am niedrigsten ist der Index in Sachsen mit 55, wogegen er im Saarland mit 103 über dem bundesweiten Basisindex liegt.<sup>37</sup>

---

<sup>35</sup> An Fachhochschulen umfasst diese Fächergruppe nur die Gesundheitswissenschaften, wie z. B. die Pflegewissenschaft.

<sup>36</sup> Dies betrifft die Länder: Bayern, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Taucht dieses Phänomen auch bei anderen Fächergruppen auf, so wurden die betroffenen Bundesländer ebenso bei der Berechnung des bundesweiten Indexes nicht berücksichtigt.

<sup>37</sup> Die Unterschiede können in statistischen Verzerrungen durch unterschiedliche Ausweisungen in den Bundesländern liegen. Aber auch die Anteile unterschiedlicher Fächer, die in einer Gruppe jeweils erfasst sind, können von Bundesland zu Bundesland variieren.

In einem nächsten Schritt werden die Daten nun in Gruppen zusammengefasst. Die höchsten 25% der Indizes eines Fächerclusters bilden die obere Gruppe. Die folgenden 75% stellen die Mittelgruppe dar. Die niedrigsten Indizes werden zur unteren Gruppe zusammengefasst. Diese Gruppeneinteilung ist in keiner Weise wertend, denn die relative Ausgabenhöhe kann man sowohl positiv als auch negativ interpretieren. Insofern dient die Gruppierung nur der Aggregation und damit der Übersichtlichkeit, ohne selbst urteilend zu sein. Bei den Universitäten fällt auf, dass Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Niedersachsen und das Saarland durchweg in der Oberen oder der Mittelgruppe liegen. Mittlere oder niedrige Indizes weisen Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz auf. Bei den Fachhochschulen liegen besonders Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen zumindest zur Hälfte in der oberen Gruppe. Dies heißt, dass die relativen Ausgaben in den drei ostdeutschen Bundesländern im Vergleich zu den anderen Ländern hoch liegen. Dagegen sind sie in Sachsen-Anhalt relativ niedrig, wie auch in Hessen und Schleswig-Holstein. Da die Vergleiche über die Ländergrenzen hinweg an den statistischen Unterschieden leiden, wird nun zuletzt für eine Vergleichbarkeit der Fächergruppen innerhalb eines Bundeslandes der Index eines Faches in Relation zum Landesdurchschnitt wiedergegeben. Die Tabellen der landesinternen Indizes sind ebenfalls im Anhang<sup>38</sup>.

---

<sup>38</sup> Siehe Anhang A. Landesinterne Indizes S. 55-58.

**Tabelle 4: Einteilung der Ländercluster in Obere, Mittel- und Untere Gruppe der Indizes - Universitäten, Theologische, Pädagogische und Kunsthochschulen -**

Kunst, Kunstwissenschaften									
Ingenieurwissenschaften									
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften									
Veterinärmedizin									
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften*									
Mathematik, Naturwissenschaften									
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften									
Sport									
Sprach- und Kulturwissenschaften									
Baden-Württemberg	○	○	▲	○	○	●	▲	▲	○
Bayern	○	▲	○	▲	○	▲	▲	▲	○
Berlin	▼	○	○	▼	○	○	○	▼	▲
Brandenburg	○	○	▼	○	●	●	▼	○	▲
Bremen	▲	○	▲	▲	●	●	●	▲	▲
Hamburg	○	▲	○	▲	○	●	○	○	○
Hessen	○	▼	○	○	▼	▼	○	▼	▼
Mecklenburg-Vorpommern	▲	○	○	○	▼	●	▲	○	○
Niedersachsen	▲	▲	▲	○	○	▲	▲	○	▲
Nordrhein-Westfalen	○	○	▼	▼	○	●	○	○	▼
Rheinland-Pfalz	▼	▼	○	▼	▼	●	●	▼	▼
Saarland	▲	○	▲	▲	▲	●	●	▲	○
Sachsen	▼	○	▼	○	○	○	▼	○	○
Sachsen-Anhalt	○	▼	▼	○	▲	●	○	○	○
Schleswig-Holstein	▼	▲	○	▼	▲	●	○	○	○
Thüringen	○	▼	○	○	▲	●	▼	▼	▼
*nicht im Hochschulpakt behandelt und daher bei Aggregationen über die Fächergruppen hinweg nicht berücksichtigt									
Obere Gruppe	▲		Mittelgruppe	○					
Untere Gruppe	▼		Nicht berücksichtigt	●					

**Tabelle 5: Einteilung der Ländercluster in Obere, Mittel- und Untere Gruppe der Indizes  
- Fachhochschulen -**

Kunst, Kunstwissenschaften							
Ingenieurwissenschaften							
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften							
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften							
Mathematik, Naturwissenschaften							
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften							
Sprach- und Kulturwissenschaften							
Baden-Württemberg	○	▲	▲	●	○	○	○
Bayern	▼	○	○	●	○	○	○
Berlin	○	▲	▼	●	○	▼	▲
Brandenburg	▲	▲	○	●	○	▲	○
Bremen	●	▼	●	●	●	▲	●
Hamburg	○	▼	●	●	▼	○	○
Hessen	●	○	○	▼	▼	▼	○
Mecklenburg-Vorpommern	●	○	●	▲	▲	▲	▲
Niedersachsen	○	▲	○	○	▲	○	○
Nordrhein-Westfalen	○	○	▲	●	○	○	○
Rheinland-Pfalz	○	○	▼	○	▲	▼	○
Saarland	●	○	▲	●	●	○	●
Sachsen	▲	○	○	▲	○	▲	▲
Sachsen-Anhalt	▼	○	○	●	▼	○	▼
Schleswig-Holstein	▲	▼	▼	●	○	○	▼
Thüringen	●	○	○	○	▲	○	▲
Obere Gruppe	▲	Mittelgruppe	○				
Untere Gruppe	▼	Nicht berücksichtigt	●				

### 3.3.4. Zusammenfassung der Betrachtung der Indizes

In diesem Kapitel wurden die relativen Lehrausgaben der Hochschulen aufgeschlüsselt. Zunächst wurde nach Hochschularten unterschieden. In einem nächsten Schritt wurden die Bundesländer als Auffächerungsebene hinzugezogen. Hier zeigten sich schon erste deutliche Abweichungen, die aber zum Teil statistischen Gründen geschuldet sein mögen. In einem dritten Schritt wurden die Hochschularten nach Fächergruppen aufgebrochen. Die Fächercluster wurden dann in dreierlei Hinsicht analysiert. Als erstes wurden sie bundesweit zusammengefasst betrachtet. Dann wurde auch nach Bundesländern unterschieden. Die jeweiligen Indizes wurden zunächst relativ zum Bundesdurchschnitt (Index 100) gebildet. Schließlich wurden auch die jeweiligen landesinternen Indizes der verschiedenen Fächergruppen wiedergegeben. Den mit Abstand höchsten Fachindex hat bei jeder Betrachtung die universitäre Medizin. Ebenfalls überdurchschnittlich sind zumeist auch die Mathematik, Naturwissenschaften, Veterinärmedizin, Agrar-, Forst und Ernährungswissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Kunst, Kunstwissenschaften – sowohl an Universitäten und vergleichbaren Hochschulen als auch an Fachhochschulen. Niedrige Indizes weisen fast immer die Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport, sowie die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften auf. Besonders niedrig ist zumeist der Index des Clusters Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften an Fachhochschulen, was aber statistische Gründe haben kann.

## 4. Die politische Antwort – der Hochschulpakt 2020

### 4.1. Darstellung der Einigung

Am 13. Dezember 2006 einigten sich der Bund und die Länder auf den Hochschulpakt 2020.<sup>39</sup> Dieser sieht in der Säule „Lehre“ vor, dass der Bund 565 Mio. € an Mitteln an die Länder verteilt.<sup>40</sup> Diese sind dafür vorgesehen, mehr Studienmöglichkeiten für das Studierendenhoch anzubieten. Die Grundlogik sieht vor, dass die Länder den gleichen Betrag selbst aufbringen. Angedacht sind 22.000 € für ein vollständiges Studium, welches im Schnitt vier Jahre in Anspruch nimmt.<sup>41</sup> Dies bedeutet, dass von jährlichen zusätzlichen Kosten von 5.500 € je Studierendem / je Studierender ausgegangen wird. So wollen Bund und Länder bis 2010 ungefähr 90.000 neue Studienplätze bundesweit

<sup>39</sup> Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (2006): Hochschulpakt von Bund und Ländern beschlossen, <http://www.bmbf.de/press/1939.php>, Zugriff am 15.12.2006.

<sup>40</sup> Bund-Länder-Kommission (2006): Schavan: Meilenstein für Studierende und Wissenschaft in Deutschland – Einigung im Hochschulpakt erreicht, [http://www.blk-bonn.de/pressemitteilungen/presse2006\\_25.htm](http://www.blk-bonn.de/pressemitteilungen/presse2006_25.htm), Zugriff am 15.12.2006.

<sup>41</sup> Diese ergeben sich aus einem dreijährigen Bachelorstudium, mit einer 50%igen Übergangsquote zu einem zweijährigen Masterprogramm.



schaffen. Das Referenzjahr ist 2005. Die Verteilung der Bundesmittel erfolgt mittels des Königsteiner Schlüssels<sup>42</sup>, ebenso ist die Verpflichtung zum Ausbau um 90.000 zusätzliche Studienplätze nach diesem Schlüssel auf die westlichen Flächenländer verteilt worden. Im Jahr 2009 werden die tatsächlichen Studienanfängerzahlen mit den geflossenen Mitteln abgeglichen und die Zuweisungen korrigiert. Ausnahmen innerhalb dieser generellen Regelung betreffen die Stadtstaaten und die neuen Bundesländer. Bremen und Hamburg erhalten zusammen pauschal 3,5% der 565 Mio. €, wenn sie ihre Studienanfängerzahlen konstant halten. Berlin bekommt 4%, wenn der Wert von 19.500 StudienanfängerInnen je Jahr gehalten wird. Bauen die Stadtstaaten darüber hinaus ihre Kapazitäten aus, so erhalten sie zusätzliche Zuweisungen. Die östlichen Bundesländer erhalten bei konstanten StudienanfängerInnen pauschal 15% der Bundesmittel. Die Verteilung erfolgt hier nach einem umgerechneten Königsteiner Schlüssel und dient, wie gesagt, vor allem dem Erhalt bestehender Kapazitäten. Für den Ausbau zusätzlicher Studienplätze verbleiben von Bundesseite somit lediglich 438 Mio. €. Ob diesem Bundeszuschuss auf Länderseite ein gleicher Betrag zur Seite gestellt wird, ist in einigen Ländern bis heute noch nicht geklärt.

## **4.2. Eine finanzielle Prognose**

### **4.2.1. Prognose**

Nun wird, entsprechend der Hochschulpaktlogik, der jährliche Aufwand von 5.500 € je zusätzlichem Studierenden/Studierender mit der Prognose der StudienanfängerInnen verbunden. Dies soll zeigen, inwiefern die angedachte Finanzierung von insgesamt 1,13 Mrd. € ausreicht, die erhöhte Nachfrage nach Studienanfängerplätzen zu befriedigen.<sup>43</sup> Hierzu wird die Differenz der Studienanfängerprognose zum Jahr 2005 (Basis II) je Bundesland über einen Zeitraum von vier Jahren (die eingeplante durchschnittliche Studiendauer) aufaddiert. Wird die Summe negativ, so wird sie null gesetzt, da zunächst nicht von einer ansteigenden Mobilität der Studierenden ausgegangen wird.

Bis 2010 ergibt sich daraus bundesweit insgesamt 1.296 Mio. € an zusätzlichem finanziellem Aufwand. Da die StudienanfängerInnen von 2008 bis 2010 noch über das Jahr 2010 hinaus studieren und zusätzliche Kosten verursachen, ergibt sich ein weiterer Finanzbedarf von 902 Mio. €. Zusammen bedeuten die zusätzlichen Studienanfänge-

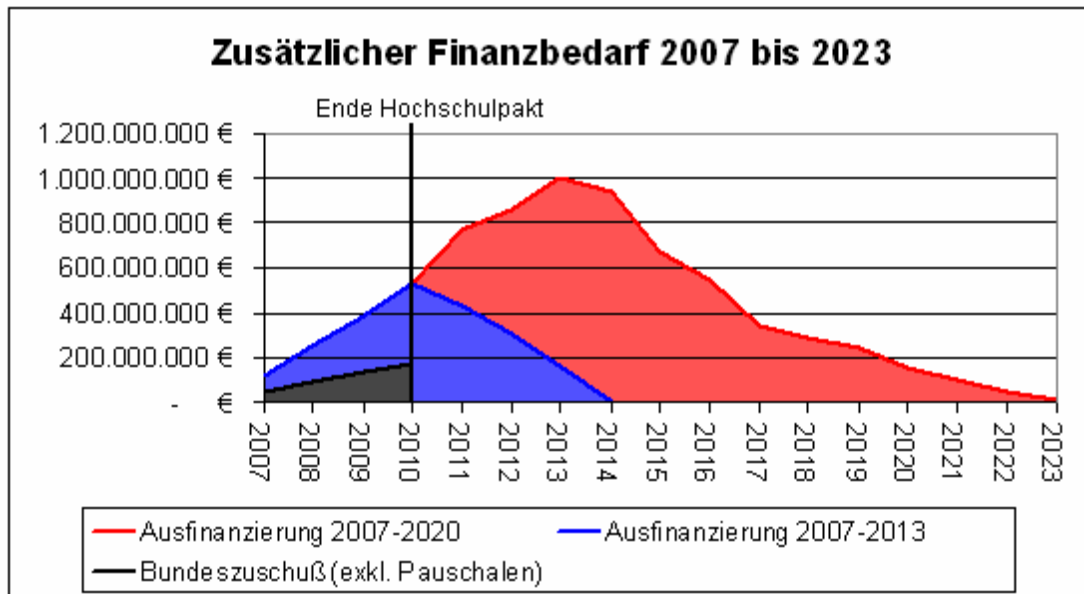
---

<sup>42</sup> Beim Königsteiner Schlüssel handelt es sich um einen Verteilungsschlüssel. Er setzt sich zu zwei Dritteln aus dem Steueraufkommen und zu einem Drittel aus der Bevölkerungszahl der Länder zusammen

<sup>43</sup> Das Ziel dieser Berechnung ist es nicht, die Finanzflüsse des Hochschulpaktes zu simulieren, sondern die vermutlichen zusätzlichen Kosten durch die ansteigende Studiennachfrage abzubilden. Hierbei wird davon ausgegangen, dass die 5.500 € pro Jahr und Studierendem/Studierender, die dem Hochschulpakt zugrunde liegen, ein angemessener Preis sind.

innen von 2007 bis 2010 notwendige Gesamtausgaben von 2.199 Mio. € bis in das Jahr 2013. Hiervon wurden von Bundesseite bisher jedoch nur 438 Mio. € zugesagt (in Graph 17 schwarz eingefärbt). Wenn dem aktuellen Hochschulpakt bis 2010 kein weiterer folgt, bleibt bei den Ländern eine finanzielle Aufgabe von 1.761 Mio. € (in Graph 17 blau eingefärbt).

**Graph 17: Zusätzlicher Finanzbedarf 2007 bis 2023**



Das Studierendenhoch beginnt nach der CHE-Prognose jedoch erst richtig ab dem Jahr 2010. Bezieht man die Entwicklung bis 2020 noch mit ein, so ergibt sich insgesamt ein Finanzierungsbedarf von 7.269 Mio. €. Allein durch die StudienanfängerInnen ab 2010 entsteht eine zusätzliche Finanzierungsaufgabe von 5.070 Mio. €. Dieser Herausforderung muss sich ein anschließender Hochschulpakt stellen, ebenso der immer deutlicher auseinanderklaffenden Entwicklung in den neuen und alten Bundesländern, wie sie oben in den demographischen Kurzanalysen der Bundesländer offensichtlich wurde.

## 4.2.2. Variablen der Prognose

### 4.2.2.1. Mobilität

In der demographischen Prognose wurde von einem konstanten Mobilitätsverhalten der Studierenden ausgegangen. Ein Blick auf die Historie der Wanderung von StudienanfängerInnen zeigt, dass quantitative Veränderungen auftreten, aber keine qualitativen. Dies bedeutet, dass die meisten im Bundesland des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung ihr Studium anfangen. Eine Wanderung findet an sich nur in be-

nachbarte Bundesländer statt. Ein Blick auf die demographischen Kurzanalysen der Bundesländer zeigt, dass die Studienanfängerzahlen besonders in den westlichen Flächenländern steigen werden und in den östlichen Bundesländern sinken. Will man

**Tabelle 6: Akkumulierte StudienanfängerInnen nach Bundesländern  
- Positive Salden -**

	2007	2008	2009	2010
Baden-Württemberg	3.253	7.716	13.015	19.064
Bayern	2.835	6.537	10.994	15.810
Berlin	665	1.184	1.193	90
Brandenburg	160	203	-	-
Bremen	292	660	1.099	1.599
Hamburg	739	1.759	2.698	5.718
Hessen	1.525	3.378	5.254	7.197
Mecklenburg-Vorpommern	122	2.327	1.776	389
Niedersachsen	2.101	4.357	6.670	9.806
Nordrhein-Westfalen	4.982	10.859	16.978	23.708
Rheinland-Pfalz	1.326	2.994	5.437	7.678
Saarland	200	453	1.743	2.097
Sachsen	429	-	-	-
Sachsen-Anhalt	2.876	2.524	1.213	-
Schleswig-Holstein	635	1.587	2.367	3.394
Thüringen	45	-	-	-

diese lokalen Ungleichheiten ausbalancieren, benötigt man eine a) erhöhte, aber auch b) qualitativ andere Mobilität der StudienanfängerInnen. Besonders hohe zusätzliche

Studienanfängerzahlen finden sich in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern. Rückläufige Zahlen, und damit vermutlich frei werdende Kapazitäten, gibt es bis 2010 in geringem Umfang in Brandenburg und Sachsen-Anhalt. In größerem Umfang betrifft dies

Sachsen und Thüringen. Will man in volkswirtschaftlich sinnvoller Weise auf schon

bestehende Kapazitäten zurückgreifen, muss eine Mobilität von südwestdeutschen StudieninteressentInnen in Richtung ostdeutscher Hochschulen in höherem Maße stattfinden, als es bisher der Fall ist. Dies würde jedoch nicht nur den Umfang der Mobilität betreffen, sondern auch die Qualität, da die Wanderung über die benachbarten Bundesländer hinausgehen wird (Ausnahme von Bayern nach Sachsen und Thüringen). Erreicht man eine

**Tabelle 7: Akkumulierte StudienanfängerInnen nach Bundesländern  
- Negative Salden -**

	2007	2008	2009	2010
Baden-Württemberg	-	-	-	-
Bayern	-	-	-	-
Berlin	-	-	-	-
Brandenburg	-	-	127	919
Bremen	-	-	-	-
Hamburg	-	-	-	-
Hessen	-	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	-	-	-	-
Niedersachsen	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-
Saarland	-	-	-	-
Sachsen	-	41	2.499	7.293
Sachsen-Anhalt	-	-	-	1.156
Schleswig-Holstein	-	-	-	-
Thüringen	-	384	1.651	3.931

volle Ausschöpfung der vermutlich freiwerdenden ostdeutschen Studienkapazitäten, so reduzieren sich die Kosten des

Studierendenhochs bis 2010 bundesweit von 1.296 Mio. € auf 1.197 Mio. €, d. h. um fast 100 Mio. €. In diesem Sinne ist die Zuweisung der Pauschalen an die neuen Bundesländer zum Erhalt ihrer Kapazitäten sinnvoll. Es bedarf jedoch einer essentiellen Veränderung der Wanderungsneigung von StudieninteressentInnen in naher Zukunft. Hierfür müssen neue Instrumente entwickelt werden, solange man nicht an einer neuen Studierenden-„Landverschickung“ interessiert ist. Der Aspekt der Mobilität ist von besonders großer Bedeutung, da die Entwicklung in den westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern noch weiter auseinander klaffen wird, so dass eine noch größere Mobilität erwünscht ist.

Werden die vermutlich freiwerdenden Kapazitäten in den neuen Bundesländern voll ausgeschöpft, so reduziert sich das notwendige Finanzvolumen um 99 Mio. € auf 1.197 Mio. € bis zum Ablauf des Hochschulpaktes 2010. Rechnet man dagegen bis 2020, so erfordert das Studierendenhoch nicht mehr 7,2 Mrd. €, sondern 3,9 Mrd. €. Dies sind 3,3 Mrd. € weniger, was die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer erhöhten Studierendenmobilität von West nach Ost eindrücklich untermauert.

#### 4.2.2.2. Fachlichkeiten

Die Analyse der dritten Komplexitätsstufe ergab große Differenzen in den Indizes der verschiedenen Fächergruppen. So mag es für die Bundesländer einen Reiz haben, vor

	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
<b>Universitäten</b>				
Sprach- und Kulturwissenschaften	4.032	8.681	13.341	18.344
Sport	279	557	858	1.172
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	3.782	8.157	12.282	16.757
Mathematik, Naturwissenschaften	3.233	6.876	10.473	14.273
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	831	1.750	2.605	3.490
Veterinärmedizin	61	122	187	253
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	248	502	724	961
Ingenieurwissenschaften	1.410	2.792	4.203	5.850
Kunst, Kunstwissenschaft	520	1.104	1.694	2.300
<b>Fachhochschulen</b>				
Sprach- und Kulturwissenschaften	240	364	466	601
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	3.176	6.559	9.908	13.774
Mathematik, Naturwissenschaften	889	1.898	2.885	3.930
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	138	308	465	657
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	283	573	777	1.008
Ingenieurwissenschaften	2.861	5.880	8.955	12.340
Kunst, Kunstwissenschaft	205	416	615	840

allein die günstigen ‚Buchwissenschaften‘ auszubauen, da deren Kosten zumeist unter dem bundesweiten Durchschnitt liegen. Dies ist aus volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht jedoch nur bedingt sinnvoll. Im Hinblick auf die universitäre Human-

medizin wurde dieses Thema schon einmal angesprochen.<sup>44</sup> Auch die Natur- und Ingenieurwissenschaften dürfen von dem Ausbau der Studierendenausbildung nicht ausgeklammert werden, wenn man das Studierendenhoch als einmalige Chance begreifen will, ein breites Spektrum an hochqualifizierten Absolventen auszubilden. Geht man davon aus, dass das bisherige Fächerportfolio den Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft entsprach, so ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf an Studienmöglichkeiten eben auch in den relativ ‚teuren‘ Fächern. Hier dürfen die Bundesländer nicht dem kurzfristigen Anreiz des Hochschulpaktes erliegen und nur Fächer mit niedrigen Indizes ausbauen, um Bundeszuschüsse in großem Umfang zu erhalten. Mittel- bis langfristig profitiert das Land vor allem dann maßgeblich von den Absolventen, wenn sie der Nachfrage in der eigenen Wirtschaft entsprechen.

Hinsichtlich des Finanzierungsbedarfs für zusätzliche Studienmöglichkeiten in den einzelnen Bundesländern ergeben sich aufgrund der Gewichtung der einzelnen Fächer im Gesamtspektrum der Studienplätze je Bundesland unterschiedliche Finanzierungsbedarfe für die zu schaffenden Studienmöglichkeiten. Dies kann für einzelne Bundesländer einen größeren finanziellen Aufwand bedeuten als für Bundesländer, die in Studienplätze mit geringem Ausgabenvolumen wie die Buchwissenschaften investieren<sup>45</sup>. Unter der Prämisse, zusätzliche Studienmöglichkeiten in einem für unsere Gesellschaft sinnvollen Fächerspektrum zu schaffen, entsteht spätestens auf der Ebene der Umsetzung in den Ländern ein Verteilungsproblem. Der Hochschulpakt bietet dazu allerdings keinen Anreiz. Hier sind die Länder gefragt. Bislang ist aber unklar, wie diese ihre Hochschulen dazu bringen wollen, sinnvolle Lösungen zu finden.

Die durchschnittlichen Ausgaben für einen Studienplatz fußen auf einem bundesweit in der Vergangenheit angebotenen Fächerspektrum. Die Frage, ob diese aus der Vergangenheit resultierende Gewichtung der Fächer für die Zukunft trägt, ist bislang in den Vereinbarungen zum Hochschulpakt nicht diskutiert. Als einziges Bundesland hat bisher Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern in seinem Masterplan „Hochschule 2012“ ein Konzept für die Verteilung der zusätzlichen Studienmöglichkeiten auf die verschiedenen Fächer vorgenommen und die Bedürfnisse der einzelnen Regionen berücksichtigt.

#### **4.2.2.3. Bologna**

Die Umstellung auf gestufte Studiengänge beinhaltet verschiedene Variablen, die bisher noch nicht ausreichend quantitativ erfasst worden sind. So ist eine Verkürzung der

---

<sup>44</sup> Siehe hierzu Kapitel 3.3.3. Ausgaben nach Fächergruppe (damit auch nach Hochschulart) und Bundesland, S. 35.

<sup>45</sup> Siehe etwa die Fallstudie NRW unten.

Studienzeit durch eine straffere Studienorganisation angedacht, ebenso eine Verringerung der Studienabbrecherquote. Eine Verkürzung der Studienzeit kann eine Reduzierung der Kosten bedeuten. Dies ist jedoch nicht der Fall, wenn die gleichen Leistungen nur in kürzerer Zeit in Anspruch genommen werden. Eine Verringerung der Studienabbrecher bedeutet auf der einen Seite eine Reduzierung der Ressourcenfehlallokation (aus volkswirtschaftlicher, nicht aus individueller Sicht), aber auch eine größere Anzahl an Studierenden, die alle (Hochschul-) Leistungen in Anspruch nehmen und damit eine Erhöhung des finanziellen Aufwandes. Auch soll im Zuge der Umstellung auf gestufte Studiengänge die Betreuungsrelation verbessert werden, was wiederum mehr Ressourcen erfordert. Eine wichtige Stellschraube ist auch die Übergangsquote vom Bachelor zum Master. In der Logik des Hochschulpaktes sind pauschal 50% gesetzt worden. Inwiefern dies wünschenswert und praktikabel ist, muss geklärt werden. Prinzipiell bedeutet eine Erhöhung der Übergangsquote auch eine Erhöhung der Kosten<sup>46</sup>, aber ebenso auch mehr hochqualifizierte Absolventen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Diese Faktoren quantitativ zusammenzufassen, ist eine noch zu tätige Aufgabe. Aktuell veranschlagt die Hochschulrektorenkonferenz 15% an Mehraufwand in der Lehre durch die Umsetzung des Bologna-Prozesses.<sup>47</sup> Schlägt man diese auf die pauschale erste Berechnung der Kosten bis 2010 auf, so erhöht sich ihr Wert von 1.296 Mio. € auf 1.621 Mio. €. Die verschiedenen finanziellen Prognosen mit und ohne gestiegene Studierendenmobilität und mit und ohne Beachtung der Fachlichkeiten verändern sich dementsprechend nach oben. Wie wichtig dieser Punkt ist, verdeutlicht ein Blick auf die StudienanfängerInnen des Wintersemesters 2005/2006: fast 28% der ersten Hochschulsemester haben sich in die neuen gestuften Studiengänge eingeschrieben.<sup>48</sup>

## 5. Fallbeispiele

Die Ergebnisse des Arbeitspapiers werden nun auf zwei konkrete Länderbeispiele angewendet. Hierbei werden die Länderspezifika herausgekehrt und berücksichtigt. Da die beiden gewählten Länder aber exemplarisch für eine ganze Gruppe sind, haben

<sup>46</sup> Vgl. z. B. Wissenschaftsrat (2006): Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems, <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7083-06.pdf>, Zugriff am 22.01.2007, S. 54-57.

<sup>47</sup> Vgl. Hochschulrektorenkonferenz (2006a): HRK nach der gestrigen Einigung der Regierungschefs: Hochschulpakt ist richtig, aber nur ein erster Schritt, Nachricht vom 14.12.2006, <http://www.uni-protokolle.de/nachrichten/id/129555/>, Zugriff am 22.01.2007.

<sup>48</sup> Vgl. Hochschulrektorenkonferenz (2006b): Statistische Daten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen – Wintersemester 2006/2007, [http://www.hrk.de/de/download/dateien/StatistikBAMAHRKWiSe2006\\_07.pdf](http://www.hrk.de/de/download/dateien/StatistikBAMAHRKWiSe2006_07.pdf), Zugriff am 18.12.2006, S. 17.

die Fallstudien auch Aussagekraft über die beiden Bundesländer hinaus. Nordrhein-Westfalen ist ein Repräsentant der westlichen Flächenländer. Sachsen vertritt die neuen Bundesländer. Beide stellen in absoluten Zahlen am drastischsten die kommende Entwicklung dar und verdeutlichen daher sehr gut die verschiedenen Aspekte des Studierendenhochs.

### 5.1. Nordrhein-Westfalen

Die demographische Kurzanalyse ergab, dass das Bundesland weit über 2010 hinaus höhere Studienanfängerzahlen als 2005 zu erwarten hat.<sup>49</sup> Eine absolute Spitze wird 2013 durch den doppelten Abiturjahrgang erreicht, dessen Auswirkungen werden sich aber wahrscheinlich über eine längere Zeit verteilen. Somit ist es auch eher unwahrscheinlich, dass, wie in der Kurzanalyse veranschlagt, die Studienanfängerzahlen vor

**Tabelle 9: Entwicklung der StudienanfängerInnen - Nordrhein-Westfalen -**

Jahr	StudienanfängerInnen	Differenz zu 2005	Akkumulierte zusätzliche StudienanfängerInnen
2007	70.049	4.982	4.982
2008	70.944	5.877	10.859
2009	71.186	6.119	16.978
2010	71.798	6.730	23.708
2011	73.106	8.038	26.765
2012	69.710	4.643	25.530
2013	92.177	27.110	46.521
2014	67.053	1.986	41.776
2015	67.850	2.783	36.521
2016	67.913	2.845	34.724
2017	67.085	2.018	9.631
2018	65.643	576	8.222
2019	64.029	- 1.039	4.400
2020	62.451	- 2.616	- 1.061

2020 unter das Niveau von 2005 fallen. Die Tabelle 10 veranschaulicht die Studienanfängerprognose. Zum einen in Relation zum Jahr 2005 (Basis II), wie im Hochschulpakt veranschlagt. Zum anderen werden die zusätzlichen StudienanfängerInnen über vier Jahre aufaddiert, da von einer solchen durchschnittlichen Studienzeit ausgegangen wird. Dadurch wird die Entwicklung flacher, als es die

reinen Studienanfängerzahlen widerspiegeln. Die akkumulierten StudienanfängerInnen sind nun auch Grundlage für eine erste Kostenberechnung. Ausgangsgrößen sind wieder die 5.500 € pro Jahr und StudienanfängerIn, die der Hochschulpakt ansetzt. Demnach ergibt sich ein zusätzlicher Finanzbedarf bis 2010 von 310 Mio. €. Durch den Hochschulpakt erhält das Land ungefähr 125 Mio. € an Zuweisungen *ex ante*, was nicht einmal der Hälfte der benötigten Mittel entspricht. Nimmt man jedoch den Landesindex von 92 als Grundlage<sup>50</sup>, so verringert sich der vermutliche Mehraufwand auf

<sup>49</sup> Hierbei wurde von einer gleichbleibenden Übergangsquote der Hochschulzugangsberechtigten an die Hochschulen ausgegangen. Eine Erhöhung der Übergangsquote ist politisch gewollt.

<sup>50</sup> Hier stellt sich zuvor aber noch die Frage, mit welcher Qualität der Hochschullehre dieser Index verbunden ist.

286 Mio. €. Für die Zeit bis 2019 ergeben sich insgesamt 1.598 Mio. € an Zusatzkosten, nach dem Landesindex immerhin noch 1.471 Mio. €.

In einem nächsten Schritt werden nun die akkumulierten StudienanfängerInnen nach der Fächerverteilung von 2003 unterschieden. Demnach ergibt sich die Prognose, wie sie in den Tabellen 10 und 11 wiedergegeben ist. Wendet man nun die bundesbezogenen Fächerindizes des Landes an, so ergibt sich eine neue Kostenprognose: In der Zeit bis 2010 kommen auf das Land Mehraufwendungen von 370 Mio. € einschließlich 96 Mio. für Hochschulmedizin bzw. 273 Mio. € ohne Hochschulmedizin zu. Bis einschließlich 2019 macht dies insgesamt 1.900 Mio. € mit und 1.406 Mio. € ohne Hochschulmedizin. Wie schon im Kapitel 4.3.<sup>51</sup> angesprochen, ist es aus unserer Sicht nicht sinnvoll, die universitäre Medizin bei der Nutzung des Studierendenhochs auszuklammern. Rechnet man sie dennoch heraus, bleiben noch 273 Mio. € zusätzliche Kosten. Bis einschließlich 2019 macht dies insgesamt 1.900 Mio. € mit und 1.406 Mio. € ohne Hochschulmedizin.

Index des Landes	92	Bundesweiter Durchschnitt	Fächerindex des Bundeslandes nach Bundesdurchschnitt	Fächerindex des Bundeslandes nach landesinternem Durchschnitt
<b>Universitäten und vergleichbare Hochschulen</b>				
Sprach- und Kulturwissenschaften	70	67	74	
Sport	82	80	87	
Rechts- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	63	56	61	
Mathematik, Naturwissenschaften	150	127	139	
Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften*	1.149	996	1.088	
Veterinärmedizin	247	-	-	
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	191	136	148	
Ingenieurwissenschaften	177	167	182	
Kunst, Kunstwissenschaft	115	89	98	
<b>Fachhochschulen</b>				
Sprach- und Kulturwissenschaften	90	80	88	
Rechts- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	74	74	81	
Mathematik, Naturwissenschaften	83	85	93	
Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften	46	-	-	
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	103	108	118	
Ingenieurwissenschaften	110	115	125	
Kunst, Kunstwissenschaft	107	104	114	

<sup>51</sup> Siehe 3.3.3. Ausgaben nach Fächergruppe (damit auch nach Hochschulart) und Bundesland, S. 35.



Vergleicht man die Indizes des Landes Nordrhein-Westfalen mit den anderen Bundesländern (siehe Tabelle 4 und 5), so zeigt sich, dass sie im universitären Bereich entweder in der Mittel- oder unteren Gruppe liegen. Bei den Fachhochschulen ergeben sich weitgehend Indizes innerhalb der Mittelgruppe. Eine Ausnahme bildet die Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften (FH), die in der oberen Gruppe liegt. Dieses Bild wird durch die durchschnittlichen Landesindizes auch bestätigt. (Übersichtlich sind hier auch die Typologien zu den Fächerindizes, wie sie im Anschluss an diese Fallstudie angefügt sind – siehe Graph 18 und 19). Insgesamt bedeutet dies, dass die nordrhein-westfälischen Hochschulen weniger je Student / je Studentin ausgeben. Selbstverständlich muss diese Information noch näher analysiert werden, könnte sie doch sowohl auf höhere Effizienz als auch auf relative finanzielle Unterausstattungen hindeuten.

## 5.2. Sachsen

Anders in Nordrhein-Westfalen sieht Sachsen einen starken Rückgang der Studienanfängerzahlen auf sich zukommen. Da das Abitur schon jetzt nach zwölf Jahren erreicht

**Tabelle 11: Entwicklung der StudienanfängerInnen - Sachsen -**

Jahr	StudienanfängerInnen	Differenz zu 2005	Akkumulierte zusätzliche StudienanfängerInnen
2007	15.658	429	429
2008	14.759	- 470	- 41
2009	12.772	- 2.457	- 2.499
2010	10.435	- 4.795	- 7.293
2011	9.508	- 5.722	- 13.444
2012	8.700	- 6.529	- 19.503
2013	8.262	- 6.967	- 24.012
2014	8.243	- 6.986	- 26.204
2015	8.491	- 6.739	- 27.221
2016	8.806	- 6.423	- 27.115
2017	9.033	- 6.196	- 26.344
2018	9.163	- 6.067	- 25.425
2019	9.258	- 5.971	- 24.658
2020	9.164	- 6.065	- 24.300

wird, wird es auch keinen doppelten Abiturjahrgang mehr geben. Stattdessen liegt die Prognose nach 2010 um sechs bis sieben Tausend unter dem Vergleichswert von 2005 (Basis II). Die über vier Jahre hinweg akkumulierten StudienanfängerInnen ergeben ab 2008 durchweg negative Salden. Geht man davon aus, dass die sächsischen Hochschulen 2005 voll ausgelastet waren, würde dies bedeuten, dass

Studienkapazitäten frei werden. Der höchste Wert wäre im Jahr 2015 mit einem Defizit von über 27.000 akkumulierten freien Studienplätzen erreicht. Das sind mehr als drei Viertel aller aktuellen Studierenden an der Technischen Universität Dresden<sup>52</sup>. Bis 2010 sind jedoch nur ca. 7.300 akkumulierte StudienanfängerInnen weniger zu erwarten.

<sup>52</sup> Vgl. Technische Universität Dresden (2006): Studierende n. Fakultät der TU Dresden im WS 2006/07, [http://tu-dresden.de/die\\_tu\\_dresden/portrait/zahlen\\_und\\_fakten/bilder/18](http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/portrait/zahlen_und_fakten/bilder/18), Zugriff am 19.01.2007.

ten, was bedeutet, dass sich im Zeitraum des Hochschulpaktes die Probleme erst ankündigen. Im Zuge des Paktes erhält Sachsen 27 Mio. €. Die Bundesgelder fließen nach internen Angaben nur dann, wenn die Studienanfängerzahlen tatsächlich gegenüber 2005 konstant bleiben. Dies bedeutet also auch aus der finanziellen Sicht des Hochschulpaktes für die Zeit ab 2008, dass zusätzliche StudienanfängerInnen für die sächsischen Hochschulen gewonnen werden müssen.

Ab 2011 stellt sich zudem vermehrt die Frage, wie der Erhalt der Studienplätze, die dann verstärkt von Nichtlandeskindern in Anspruch genommen werden müssen, finanziert werden soll. Im Jahr 2004 waren 63% der StudienanfängerInnen Sachsen. Schreibt man die Entwicklung gemäß der Prognose des CHE fort, so sinkt diese Zahl auf ca. 55% (2013), um sich dann bis 2020 wieder auf 59% zu erholen. Diese Quote ist dann auch langfristig für die Gesamtzahl der Studierenden zu erwarten. Wird dage

Index des Landes	104	Bundesweiter Durchschnitt	Fächerindex des Bundeslandes nach Bundesdurchschnitt	Fächerindex des Bundeslandes nach landesinternem Durchschnitt
<b>Universitäten und vergleichbare Hochschulen</b>				
Sprach- und Kulturwissenschaften	70	55	53	
Sport	82	81	78	
Rechts- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	63	51	49	
Mathematik, Naturwissenschaften	150	142	137	
Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften*	1.149	1.166	1.122	
Veterinärmedizin	247	217	209	
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	191	110	106	
Ingenieurwissenschaften	177	174	168	
Kunst, Kunstwissenschaft	115	109	105	
<b>Fachhochschulen</b>				
Sprach- und Kulturwissenschaften	90	132	127	
Rechts- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	74	76	73	
Mathematik, Naturwissenschaften	83	124	119	
Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften	46	205	197	
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	103	103	99	
Ingenieurwissenschaften	110	124	119	
Kunst, Kunstwissenschaft	107	160	154	

gen der Stand der StudienanfängerInnen von 2005 beibehalten – wie es der Logik des Hochschulpaktes entspricht –, sinkt der Landeskinderanteil auf 30% (2014), um dann wieder leicht auf 36% zu steigen. Dieser Aspekt beleuchtet noch einmal, welche Brisanz in der relativen Perspektive der betroffenen Länder steckt. Zum einen könnte sich an diesen Befund die landesinterne Sicht eines Steuerzahlers anheften, der sich fragt,

warum er mit dem sächsischen Hochschulsystem zu 70 % die Qualifizierung von Kindern anderer Länder finanziert. Aus einer wirtschaftspolitischen Sicht dürfte es sehr wohl sinnvoll und wünschenswert sein, in einem hohen Maße Studierende aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland zu qualifizieren.

Zuwanderung von Studierenden bedeutet neben der finanziellen Belastung durch die Bereitstellung eines Studienplatzes auch eine Belebung der Wirtschaft. Nach internen Berechnungen des CHE ergibt sich je Studierendem / je Studierender eine zusätzliche Kaufkraft von etwa 6.000 € per annum. Hat sie / er den Hauptwohnsitz am Hochschulort, so kommen durch den Länderfinanzausgleich noch zusätzliche Zuweisungen hinzu. Dies soll verdeutlichen, dass es für das Land und den Hochschulort durchaus finanzielle Anreize gibt, mehr StudienanfängerInnen anzulocken.

Ein Blick auf die Indizes des Freistaates ergibt ein zweiteiliges Bild. Bei den Universitäten befinden sich die Werte ausschließlich in der Mittel- und unteren Gruppe (siehe Tabelle 4). Die Indizes der Fachhochschul-Fächercluster bewegen sich nur in der Oberen und Mittelgruppe (siehe Tabelle 5). Abschließend soll die Frage geklärt werden, inwiefern die Ausgabenstruktur mit dem Abschneiden im CHE-Hochschulranking korreliert. Hierzu werden die Sprach- und Kulturwissenschaften an Universitäten als Beispiel für einen niedrigen Index herangezogen, ebenso die Ingenieurwissenschaften als Exempel für einen hohen Index. Als besonders relevante Rankingkriterien wurden für die Sprach- und Kulturwissenschaften die folgenden Aspekte identifiziert: IT-Infrastruktur<sup>53</sup>, Bibliotheksausstattung, die Studiensituation insgesamt, die Betreuung und das Lehrangebot. Bei den Ingenieurwissenschaften wurde statt der Bibliothek die Laborausstattung berücksichtigt. Bei allen Kriterien handelt es sich um Beurteilungen durch die Studierenden.

Das CHE-Hochschulranking teilt jedes einzelne Kriterium in drei Gruppen auf: eine Spitzen-, eine Mittel- und eine Schlussgruppe. Für die Betrachtung im Folgenden werden die fünf Kriterien im Hinblick auf die Spitzen- und Schlussgruppe analysiert. Hierzu werden die prozentualen Anteile bundesweit aller gerankten Studiengänge des jeweiligen Fächerclusters an der Spitzen-, bzw. Schlussgruppe erfasst. Diese werden dann in Relation zum Abschneiden der landesinternen Studiengänge gesetzt. Findet sich ein Fach z. B. überproportional in der Spitzengruppe und unterproportional in der Schlussgruppe, so zeigt sich ein gutes Abschneiden. Verhält es sich anders herum, so schneidet die Fächergruppe des Landes schlecht ab.

---

<sup>53</sup> Hierzu gehört die Rechnerausstattung, der Internetzugang, die Existenz von WLAN-Netzwerken etc.

Innerhalb der Fächergruppen wurden die folgenden Studiengänge in Sachsen vom Ranking erfasst. In den Sprach- und Kulturwissenschaften (Universität): Anglistik/Amerikanistik, Erziehungswissenschaften, Germanistik, Geschichte und Psychologie. In den Ingenieurwissenschaften (Fachhochschule): Architektur, Bauingenieurwesen, Elektro- und Informationstechnik und Maschinenbau.

Für die beiden Fächergruppen – Sprach- und Kulturwissenschaften an Universitäten und Ingenieurwissenschaften an Fachhochschulen – ergibt sich folgendes Bild. Die Sprach- und Kulturwissenschaften, für die Sachsen unterdurchschnittlich viel ausgibt, liegen in den Bereichen IT-Infrastruktur, Bibliothek und Lehrangebot überproportional in der Spitzengruppe, jedoch in den Kriterien Studiensituation insgesamt und Betreuung unterproportional. Ähnlich uneinheitlich sieht das Abschneiden der Fächergruppe im Hinblick auf die Schlussgruppe aus. In der IT-Infrastruktur ist sie unterdurchschnittlich vertreten, in allen anderen Punkten überdurchschnittlich (siehe Graph 30 und 31). So ist das Rankingergebnis der Sprach- und Kulturwissenschaften uneinheitlich. Anders verhält es sich im Falle der Ingenieurwissenschaften an Fachhochschulen. In allen fünf Kriterien sind die sächsischen Studiengänge überdurchschnittlich oft in der Spitzengruppe und kaum in der Schlussgruppe (siehe Graph 28 und 29). Zusammenfassend zeigt sich zumindest für die beiden exemplarisch betrachteten Cluster eine gewisse Korrelation zwischen Ausgabenkultur und Abschneiden im CHE-Hochschulranking. Auch dieser Befund müsste noch mit den Auslastungsraten in Zusammenhang gebracht werden. Dann ließen sich mit derartigen Analysen und Detailauswertungen Hinweise darauf gewinnen, wo möglicherweise ein besonders effizienter Mitteleinsatz erfolgt.

## **6. Zusammenfassende Bewertung des Hochschulpakts**

Mit dem Hochschulpakt wurde ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung getan. Das Studierendenhoch wurde als nationale Herausforderung erkannt und ein bundesweites Konzept entwickelt. Die dargestellten Überlegungen zeigen jedoch, dass er eher knapp dimensioniert ist und ein Anschlusspakt über 2010 hinaus zwingend erforderlich ist. Auch ist zu begrüßen, dass die östlichen Bundesländer zum Erhalt ihrer Studienkapazitäten Bundesmittel erhalten, da ein regionaler Abbau in einigen Ländern bei massivem Ausbau in anderen Ländern volkswirtschaftlich nicht akzeptabel ist. Besonders nach 2010 bieten die ostdeutschen Hochschulen eine Möglichkeit, schon existierende Hochschulinfrastrukturen zu nutzen. In diesem Sinne ist der Hochschulpakt bis 2010 eine Art Brückenfinanzierung zum Erhalt der Kapazitäten, die nach 2010 so dringend benötigt werden. Da der Auf- und Abbau von Studienplätzen mittel-

bis langfristig geplant wird, gibt der Hochschulpakt ein richtiges Zeichen an die Planer in den ostdeutschen Ministerien und Hochschulen.

Der Mittelfluss im Hochschulpakt orientiert sich an tatsächlichen Studienanfängerzahlen. Es fließen nur Gelder, wenn mehr StudienanfängerInnen aufgenommen worden sind, bzw. trotz gegenläufiger landesinterner Entwicklung der *Status quo* von 2005 erhalten wurde. In diesem Sinne entspricht das Design des Paktes dem Prinzip: Geld folgt Studierenden (bzw. StudienanfängerInnen), kurz: GefoS. Dieser Ansatz ist zu begrüßen. Jedoch birgt die Orientierung an Studienanfängerzahlen gewisse Risiken.

So besteht die Gefahr, dass die Hochschulen nur weiter „aufgefüllt“ werden, um ohne eigene Zusatzkosten Bundesmittel zu erhalten. Nach dem allgemeinen Eindruck sind die Hochschulen schon heute oft aus- bzw. überlastet. In den meisten Fällen sollte also ein Anstieg der Studienanfängerzahlen mit einem Ausbau der Kapazitäten verbunden sein. Mit anderen Worten: Es ist in einigen Ländern noch überhaupt nicht gesichert, dass, wie im Hochschulpakt unterstellt, die Bundesmittel etwa um dieselbe Summe an Landesmitteln ergänzt wird. Der Zielkonflikt zwischen Haushaltskonsolidierung und Zukunftssicherung dürfte in einigen Ländern eher zu Ungunsten des Hochschulausbaus ausgehen.

Zusätzliche Studienkapazitäten dürfen jedoch nicht nur auf die vermeintlich ‚billigen Bücherfächer‘ aufgebaut werden, da dies volkswirtschaftlich und gesellschaftlich nicht sinnvoll sein kann. Gerade im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Lebendigkeit der Gesellschaft ist eine Ausweitung des vollständigen Fächerspektrums sinnvoll und notwendig. Die „Lebendigkeit“ darf dabei durchaus auch wortwörtlich verstanden werden, insofern es die Alterung der Gesellschaft und die universitäre Medizinerbildung anbelangt. Gerade diese ist sehr teuer und wahrscheinlich deshalb bei der Kalkulation des Paktes ausgeschlossen worden. Dennoch gibt es keinen ersichtlichen Grund jenseits finanzieller Überlegungen, einen Ausbau des Fächerspektrums unter Ausschluss der Hochschulmedizin vorzunehmen. Auch die Ingenieurwissenschaften sind zunächst teuer, werden aber aktuell vom Arbeitsmarkt dringend gesucht.<sup>54</sup>

Das Zählen von StudienanfängerInnen birgt zudem die Gefahr, dass die lokalen Zugangsbeschränkungen aufgehoben werden, um die Zahlen der StudienanfängerInnen zu erhöhen, die dann wieder ‚herausgeprüft‘ werden. Deshalb ist es auch notwendig, den Verbleib der StudienanfängerInnen zu berücksichtigen. Dies betrifft auch den lokalen Verbleib, da eine aufnehmende Hochschule bzw. ein aufnehmendes Land im Falle eines Hochschulortwechsels keine StudienanfängerIn im Sinne des Hochschul-

---

<sup>54</sup> Vgl. Verein deutscher Ingenieure, a.a.O.

paktes empfängt. Dieser Detailaspekt könnte zu Lasten der innerdeutschen Studierendenmobilität gehen. Das ist ein wichtiger Einzelaspekt. Denn wenn es volkswirtschaftlich richtig ist, dass die freiwerdenden Studienkapazitäten in den neuen Ländern genutzt werden sollten, dann werden ganz neue Instrumente zur Intensivierung der Mobilität von West nach Ost benötigt. Dazu könnten z. B. Hochschulkooperationen geeignet sein, in denen Hochschulen alter Länder den Studierendenaustausch mit Hochschulen neuer Länder vereinbaren. Die Steuerungslogik des Hochschulpaktes passt dazu bisher gerade nicht, weil nur Studienanfänger honoriert werden. Die Detailfrage zeigt, wie sehr es jetzt auf die Konkretisierungskonzepte der Länder ankommt. Und das ist unter den Rahmenbedingungen einer knappen zeitlichen Perspektive nicht mehr nur eine finanzielle Herausforderung.

Ob uns die Bewältigung des Studierendenhochs und die Nutzung der damit verbundenen Chancen gelingen werden, ist eine Frage, die jetzt vor allem von den Ländern und ihren Hochschulen beantwortet werden muss. Es sollte gelingen, allen qualifizierten SchulabgängerInnen eine Hochschulausbildung anzubieten. Dazu ist es volkswirtschaftlich sinnvoll – und obendrein erheblich preiswerter –, wenn die freiwerdenden Kapazitäten in einzelnen Bundesländern genutzt werden können. Hier hat der Hochschulpakt wichtige Weichenstellungen vorgenommen, aber wie es gelingen kann, dass StudieninteressentInnen aus den alten Ländern tatsächlich vermehrt in den neuen Ländern studieren, das erfordert noch innovative Lösungen.

Der Ausbau des Studienangebots muss zudem auch am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedarf orientiert werden. Es muss also zumindest das bestehende Fächerspektrum berücksichtigt werden, eher noch dürften zum Teil Verschiebungen zwischen den Fächergruppen sinnvoll sein. Auf keinen Fall aber dürfen nur die preiswerten Fächer ausgebaut werden. Wie die Balance zwischen den Nachfrageinteressen der StudieninteressentInnen und der Nachfrage des Arbeitsmarktes gefunden werden kann, ist ebenfalls noch eine zu lösende Frage. Und schließlich muss die Gelegenheit genutzt werden, das deutsche Hochschulsystem auf die Zeit vorzubereiten, in der immer weniger SchulabgängerInnen zur Verfügung stehen. Dazu werden Hochschulen in den neuen Ländern in den kommenden Jahren vermutlich wichtige Lösungsansätze entwickeln und erproben. Ohne eine Flexibilisierung bei den Instrumenten zur Steuerung und ‚Bewirtschaftung‘ der Studienkapazitäten wird diese Veränderung des gesamten Hochschulsystems nicht gelingen. Deshalb ist die Dimension der Qualität von zunehmender Bedeutung. Aber eines bleibt klar: Unser Land kann seinen Wohlstand nur erhalten, wenn es seine Humankapitalquote steigert, also eher mehr als weniger in die akademische Bildung investiert.

## Anhang

### A. Landesinterne Indizes

**Tabelle 13: Übersicht der Indizes der Länder-Fächergruppen  
- Universitäten, Theologische, Pädagogische und Kunsthochschulen -**

Kunst, Kunstwissenschaften									
Ingenieurwissenschaften									
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften									
Veterinärmedizin									
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften*									
Mathematik, Naturwissenschaften									
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften									
Sport									
Sprach- und Kulturwissenschaften									
Baden-Württemberg	72	77	76	174	1.291	-	276	206	105
Bayern	68	135	61	176	1.344	274	285	204	115
Berlin	61	73	61	125	1.292	214	145	136	191
Brandenburg	73	77	57	157	-	-	135	150	136
Bremen	85	90	99	187	-	-	-	348	157
Hamburg	77	151	69	217	1.182	-	161	191	112
Hessen	68	60	57	159	900	158	160	149	93
Mecklenburg-Vorpommern	83	89	72	153	542	-	320	182	109
Niedersachsen	93	95	83	158	944	321	229	204	128
Nordrhein-Westfalen	67	80	56	127	996	-	136	167	89
Rheinland-Pfalz	60	61	58	119	869	-	-	111	77
Saarland	103	80	80	187	1.474	-	-	258	102
Sachsen	55	81	51	142	1.166	217	110	174	109
Sachsen-Anhalt	77	66	52	130	1.746	-	227	202	110
Schleswig-Holstein	62	109	57	130	1.428	-	149	169	104
Thüringen	77	67	67	147	1.570	-	85	146	96

\*nicht im Hochschulpakt behandelt und daher bei Aggregationen über die Fächergruppen hinweg nicht berücksichtigt.

**Tabelle 14: Übersicht der Indizes der Länder-Fächergruppen  
- Fachhochschulen -**

Kunst, Kunstwissenschaften							
Ingenieurwissenschaften							
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften							
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften							
Mathematik, Naturwissenschaften							
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften							
Sprach- und Kulturwissenschaften							
Baden-Württemberg	68	79	98	-	105	106	125
Bayern	64	73	77	-	106	107	101
Berlin	72	77	68	-	106	85	128
Brandenburg	166	78	82	-	106	144	93
Bremen	-	57	-	-	-	224	-
Hamburg	82	50	-	-	95	114	91
Hessen	-	73	83	32	71	75	60
Mecklenburg-Vorpommern	-	75	-	82	123	146	162
Niedersachsen	94	81	75	55	122	115	117
Nordrhein-Westfalen	80	74	85	-	108	115	104
Rheinland-Pfalz	82	74	66	33	118	97	105
Saarland	-	56	142	-	-	83	-
Sachsen	132	76	124	205	103	124	160
Sachsen-Anhalt	61	76	77	-	62	111	80
Schleswig-Holstein	101	65	51	-	113	120	72
Thüringen	-	76	84	46	147	111	224



**Tabelle 15: Übersicht der landesinternen Fächerindizes  
- Universitäten, Theologische, Pädagogische und Kunsthochschulen -**

Kunst, Kunstwissenschaften									
Ingenieurwissenschaften									
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften									
Veterinärmedizin									
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften*									
Mathematik, Naturwissenschaften									
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften									
Sport									
Sprach- und Kulturwissenschaften									
Baden-Württemberg	64	69	67	154	1.143	-	244	182	93
Bayern	65	130	59	169	1.291	263	274	196	110
Berlin	65	78	65	134	1.385	230	155	146	204
Brandenburg	75	79	58	161	-	-	139	154	140
Bremen	68	72	79	150	-	-	-	279	126
Hamburg	76	150	68	215	1.174	-	160	189	111
Hessen	74	66	63	175	990	173	176	164	103
Mecklenburg-Vorpommern	75	81	65	140	494	-	291	166	100
Niedersachsen	76	78	68	130	779	264	189	168	105
Nordrhein-Westfalen	74	87	61	139	1.088	-	148	182	98
Rheinland-Pfalz	77	78	74	151	1.103	-	-	140	98
Saarland	88	69	68	160	1.260	-	-	221	87
Sachsen	53	78	49	137	1.122	209	106	168	105
Sachsen-Anhalt	82	71	55	138	1.864	-	242	215	117
Schleswig-Holstein	70	123	65	147	1.616	-	168	191	118
Thüringen	76	66	66	146	1.556	-	84	145	95

*\*nicht im Hochschulpakt behandelt und daher bei Aggregationen über die Fächergruppen hinweg nicht berücksichtigt.*

**Tabelle 16: Übersicht der landesinternen Fächerindizes  
- Fachhochschulen -**

Kunst, Kunstwissenschaften							
Ingenieurwissenschaften							
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften							
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften							
Mathematik, Naturwissenschaften							
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften							
Sprach- und Kulturwissenschaften							
Baden-Württemberg	60	70	87	-	93	94	110
Bayern	62	70	74	-	102	103	97
Berlin	78	83	73	-	113	92	137
Brandenburg	171	80	85	-	109	148	96
Bremen	-	45	-	-	-	179	-
Hamburg	81	50	-	-	95	113	90
Hessen	-	80	92	35	78	83	66
Mecklenburg-Vorpommern	-	68	-	75	112	133	147
Niedersachsen	78	67	62	45	101	95	97
Nordrhein-Westfalen	88	81	93	-	118	125	114
Rheinland-Pfalz	104	93	84	42	150	123	133
Saarland	-	48	122	-	-	71	-
Sachsen	127	73	119	197	99	119	154
Sachsen-Anhalt	65	82	82	-	66	118	85
Schleswig-Holstein	115	73	57	-	127	135	82
Thüringen	-	75	83	46	146	110	222

## B. Nordrhein-Westfalen

### B.1. Prognose der StudienanfängerInnen

**Tabelle 17: Fächerbezogene akkumulierte StudienanfängerInnen**  
 - Universitäten, Theologische, Pädagogische und Kunsthochschulen -  
 - Nordrhein-Westfalen -

	Kunst, Kunstwissenschaften								
	Ingenieurwissenschaften								
	Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften								
	Veterinärmedizin								
	Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften*								
	Mathematik, Naturwissenschaften								
	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften								
	Sport								
	Sprach- und Kulturwissenschaften								
2007	985	79	964	790	154	-	31	348	113
2008	2.148	173	2.101	1.722	337	-	67	757	247
2009	3.358	270	3.285	2.692	526	-	106	1.184	386
2010	4.689	377	4.587	3.759	735	-	147	1.654	539
2011	5.294	426	5.179	4.243	830	-	166	1.867	609
2012	5.050	406	4.940	4.047	792	-	159	1.781	581
2013	9.202	741	9.001	7.375	1.442	-	289	3.245	1.058
2014	8.263	665	8.083	6.623	1.295	-	260	2.914	950
2015	7.224	581	7.067	5.790	1.132	-	227	2.547	831
2016	6.868	553	6.719	5.505	1.077	-	216	2.422	790
2017	1.905	153	1.864	1.527	299	-	60	672	219
2018	1.626	131	1.591	1.303	255	-	51	574	187
2019	870	70	851	698	136	-	27	307	100
2020	-210	-17	-205	-168	-33	-	-7	-74	-24

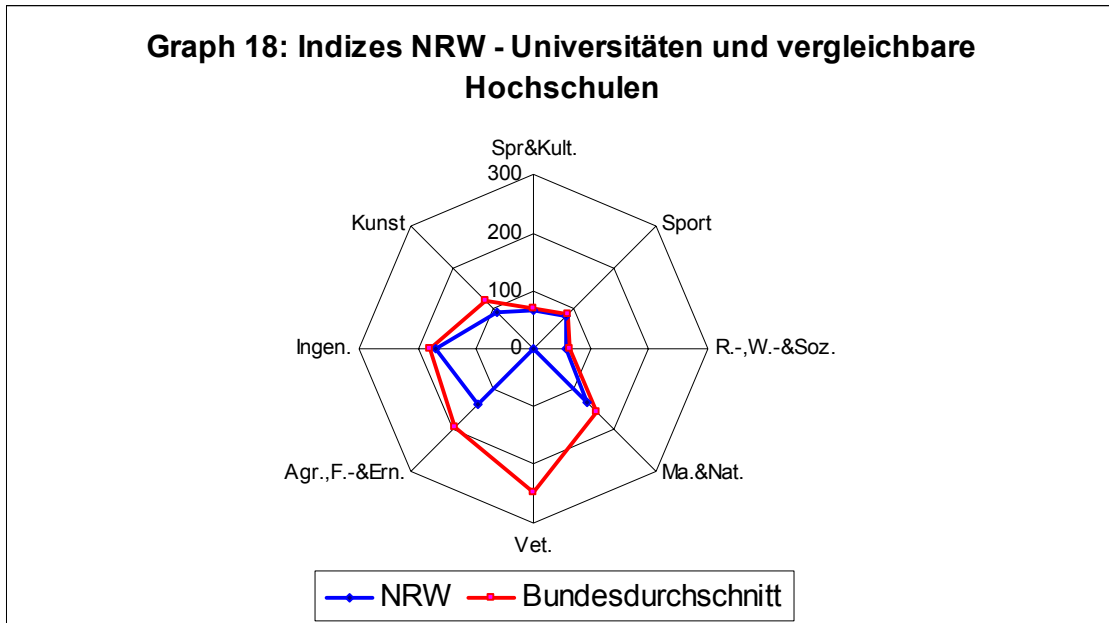
\*Nicht im Hochschulpakt behandelt und daher bei Aggregationen über die Fächergruppen hinweg nicht berücksichtigt.

**Tabelle 18: Fächerbezogene akkumulierte StudienanfängerInnen**  
**- Fachhochschulen -**  
**- Nordrhein-Westfalen -**

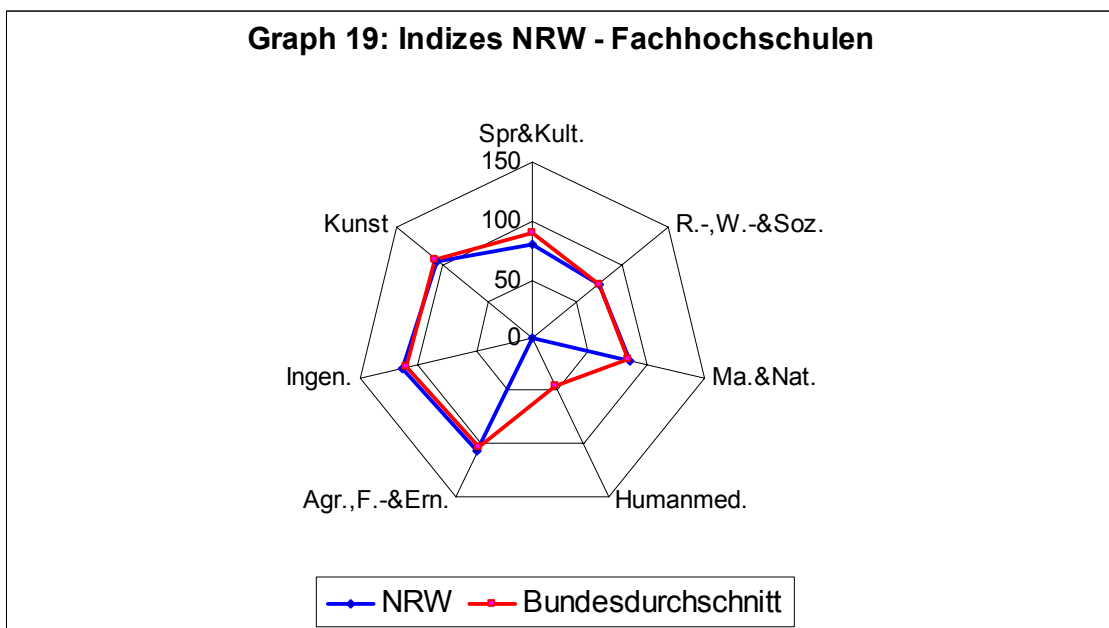
	Kunst, Kunstwissenschaften	Ingenieurwissenschaften	Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften*	Mathematik, Naturwissenschaften	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Sprach- und Kulturwissenschaften
2007	29	648	159	16	44	580	42
2008	62	1.413	347	36	95	1.263	91
2009	97	2.210	542	56	149	1.975	142
2010	136	3.086	757	78	208	2.758	198
2011	153	3.484	854	88	235	3.113	224
2012	146	3.323	815	84	224	2.970	214
2013	267	6.056	1.485	152	408	5.412	389
2014	239	5.438	1.333	137	366	4.860	350
2015	209	4.754	1.165	120	320	4.248	306
2016	199	4.520	1.108	114	304	4.039	291
2017	55	1.254	307	32	84	1.120	81
2018	47	1.070	262	27	72	956	69
2019	25	573	140	14	39	512	37
2020	-6	-138	-34	-3	-9	-123	-9

\*In Nordrhein-Westfalen lässt sich kein Fachindex für diese Studierende errechnen, weshalb sie nicht weiter berücksichtigt werden können.

## B.2. Relative Ausgaben der Hochschulen je StudentIn (Indizes)



55



<sup>55</sup> Die universitäre Hochschulmedizin ist bei dieser Betrachtung herausgenommen.

## C. Sachsen

### C.1. Prognose der StudienanfängerInnen

**Tabelle 19: Fächerbezogene akkumulierte StudienanfängerInnen  
- Universitäten, Theologische, Pädagogische und Kunsthochschulen -  
- Sachsen -**

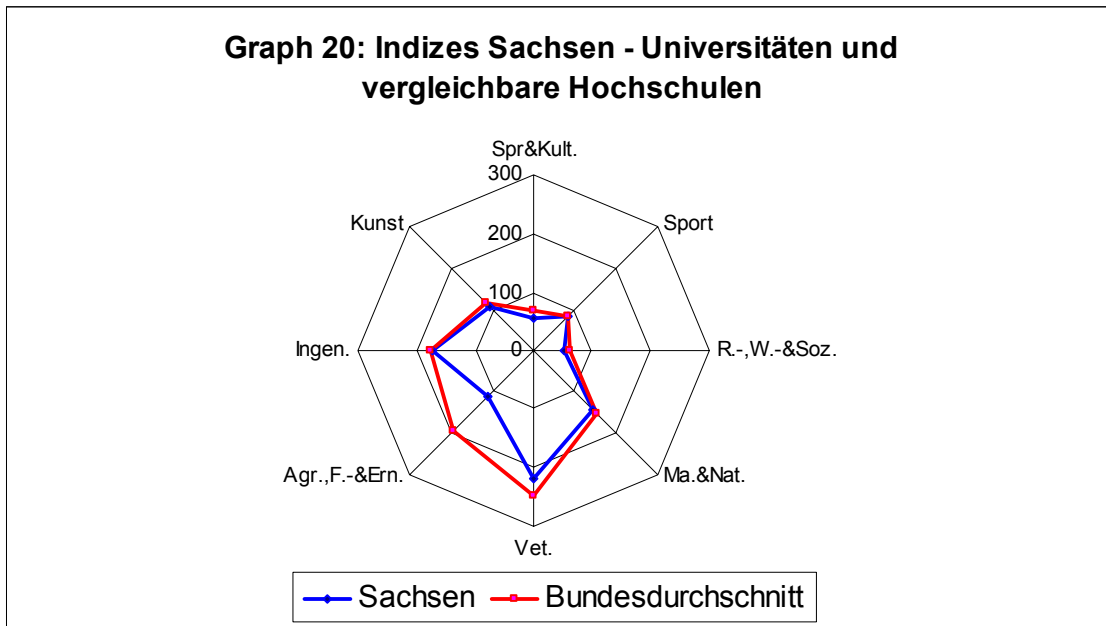
	Kunst, Kunstwissenschaften	Ingenieurwissenschaften	Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	Veterinärmedizin	Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften*	Mathematik, Naturwissenschaften	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Sport	Sprach- und Kulturwissenschaften
2007	80	6	55	67	19	4	3	60	13
2008	-8	-1	-5	-6	-2	-0	-0	-6	-1
2009	-467	-35	-318	-392	-108	-22	-19	-348	-74
2010	-1.364	-101	-927	-1.143	-315	-64	-57	-1.015	-215
2011	-2.514	-187	-1.709	-2.107	-581	-119	-104	-1.871	-397
2012	-3.648	-271	-2.479	-3.057	-843	-172	-151	-2.714	-575
2013	-4.491	-334	-3.053	-3.764	-1.038	-212	-186	-3.341	-708
2014	-4.901	-365	-3.331	-4.108	-1.133	-232	-203	-3.646	-773
2015	-5.091	-379	-3.461	-4.267	-1.177	-241	-211	-3.787	-803
2016	-5.071	-377	-3.447	-4.250	-1.172	-240	-210	-3.773	-800
2017	-4.927	-367	-3.349	-4.130	-1.139	-233	-205	-3.665	-777
2018	-4.755	-354	-3.232	-3.985	-1.099	-225	-197	-3.538	-750
2019	-4.612	-343	-3.135	-3.865	-1.066	-218	-191	-3.431	-727
2020	-4.545	-338	-3.089	-3.809	-1.051	-215	-189	-3.381	-717

\*Nicht im Hochschulpakt behandelt und daher bei Aggregationen über die Fächergruppen hinweg nicht berücksichtigt.

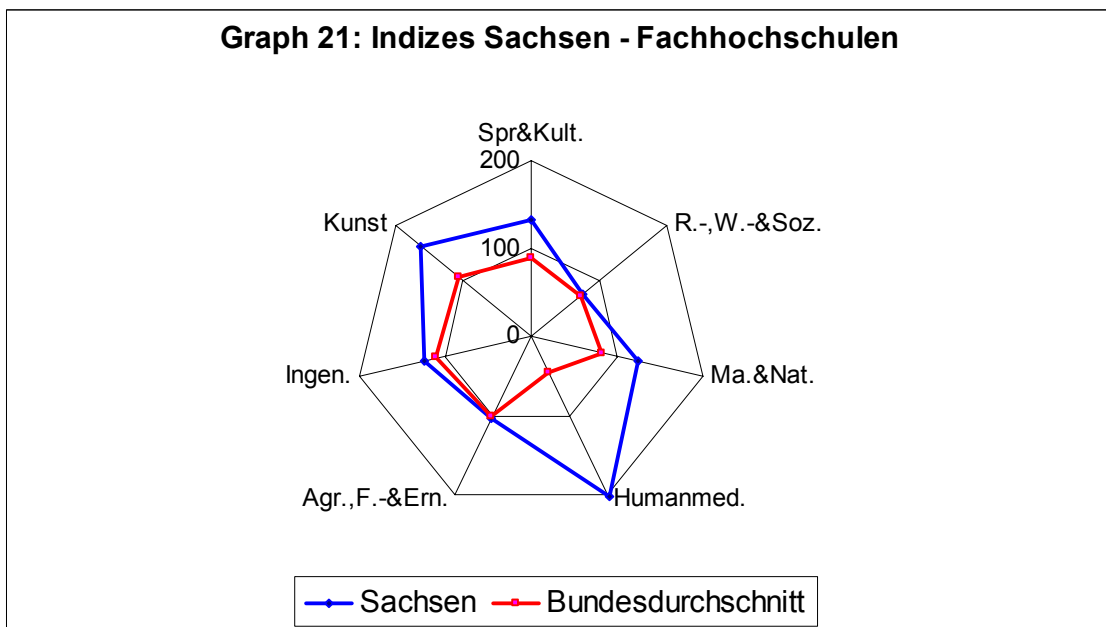
**Tabelle 20: Fächerbezogene akkumulierte StudienanfängerInnen**  
**- Fachhochschulen -**  
**- Sachsen -**

	Kunst, Kunstwissenschaften	Ingenieurwissenschaften	Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften*	Mathematik, Naturwissenschaften	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Sprach- und Kulturwissenschaften
2007	8	33	14	1	2	62	2
2008	-1	-3	-1	-0	-0	-6	-0
2009	-45	-192	-84	-4	-14	-364	-13
2010	-130	-562	-245	-12	-42	-1.062	-38
2011	-240	-1.036	-452	-22	-77	-1.957	-70
2012	-348	-1.502	-656	-33	-112	-2.839	-101
2013	-429	-1.850	-807	-40	-138	-3.496	-125
2014	-468	-2.019	-881	-44	-150	-3.815	-136
2015	-486	-2.097	-915	-46	-156	-3.963	-141
2016	-484	-2.089	-912	-45	-155	-3.948	-141
2017	-470	-2.029	-886	-44	-151	-3.835	-137
2018	-454	-1.959	-855	-43	-146	-3.702	-132
2019	-440	-1.899	-829	-41	-141	-3.590	-128
2020	-434	-1.872	-817	-41	-139	-3.538	-126

## C.2. Relative Ausgaben der Hochschulen je StudentIn (Indizes)



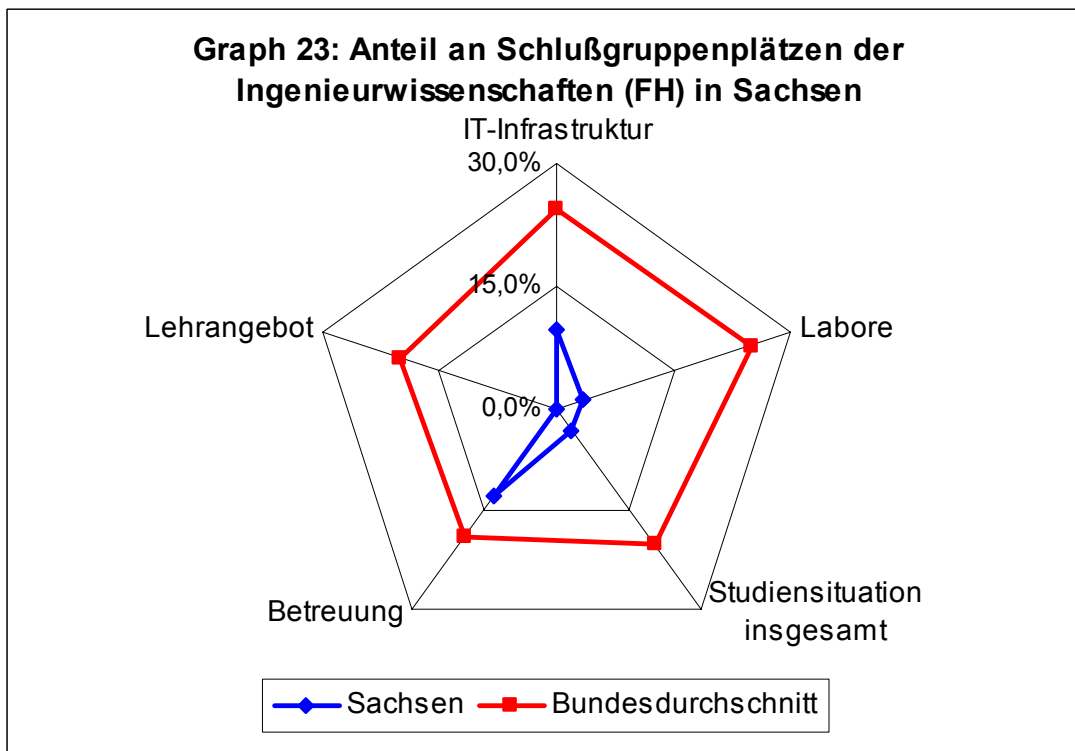
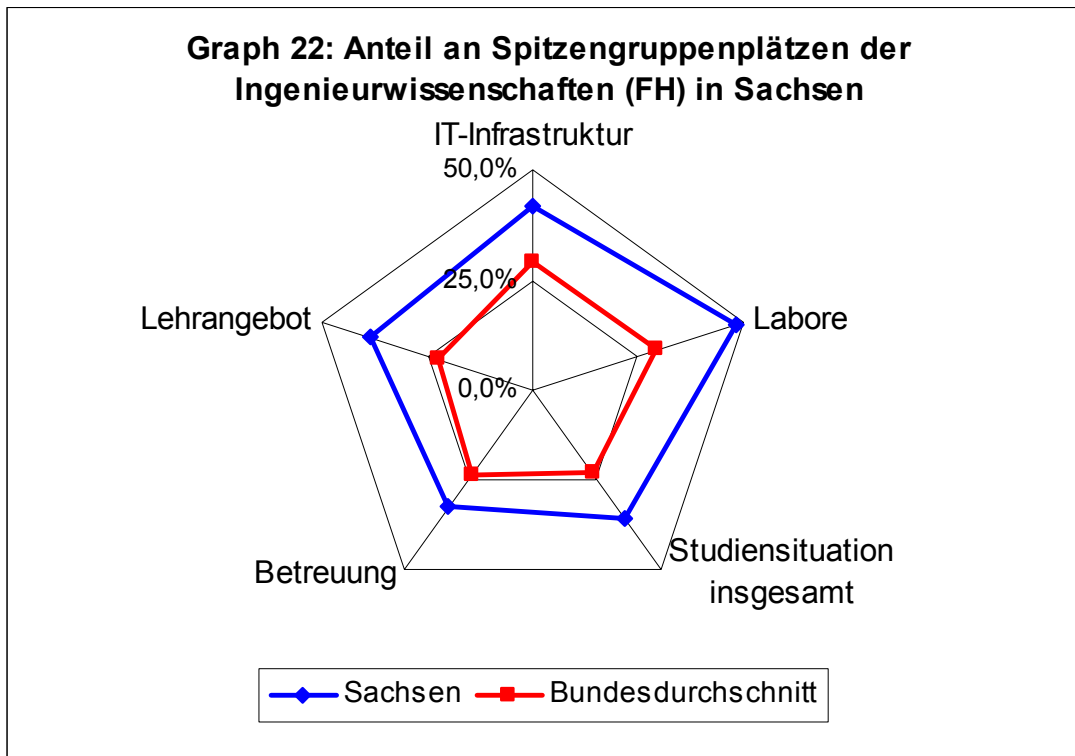
56



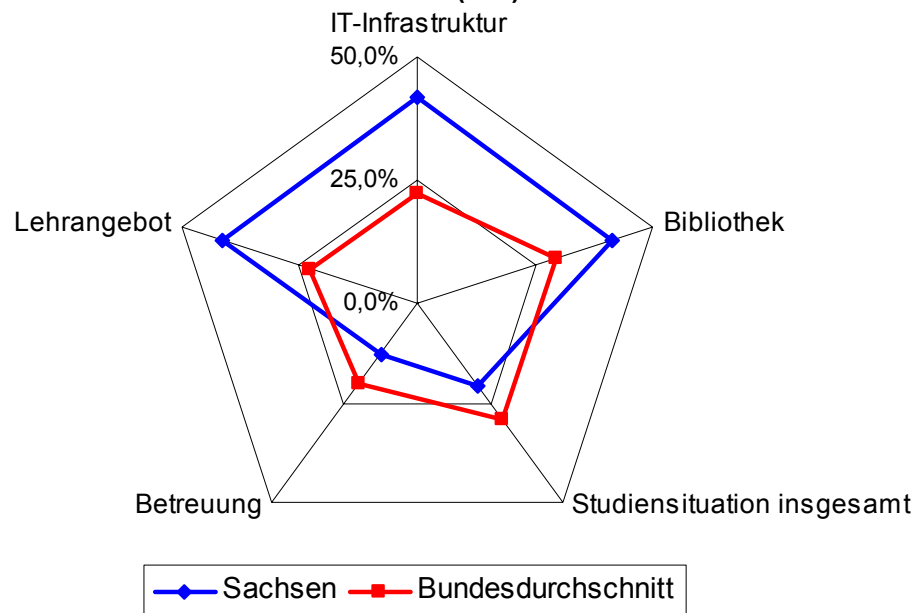
<sup>56</sup> Die universitäre Hochschulmedizin ist bei dieser Betrachtung herausgenommen.



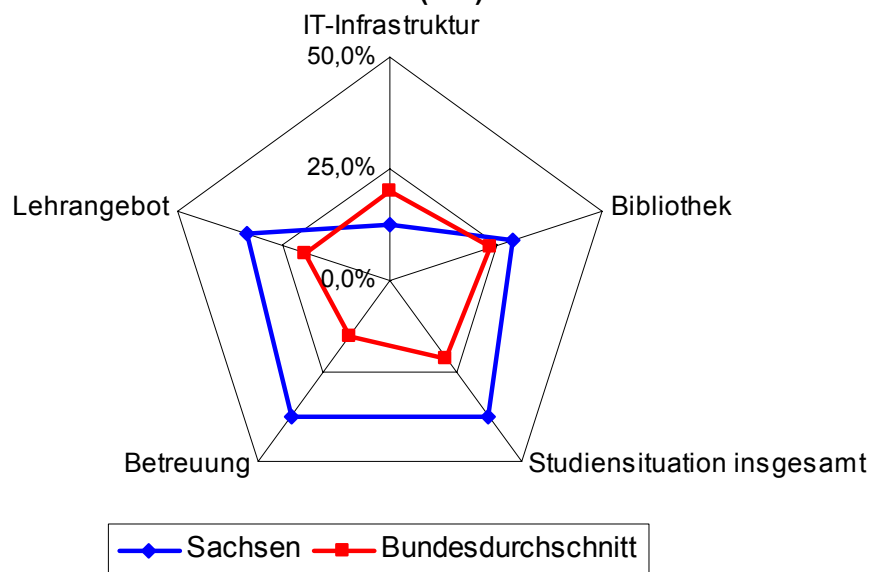
### C.3. Abschneiden ausgewählter Fächergruppen im CHE-Hochschulranking



**Graph 24: Anteil an Spitzengruppenplätzen der Sprach- und Kulturwissenschaften (Uni) in Sachsen**



**Graph 25: Anteil an Schlußgruppenplätzen der Sprach- und Kulturwissenschaften (Uni) in Sachsen**



## Literaturverzeichnis

- Barth, Uwe (2006): Die Zukunft der Lehre und Forschung an Hochschulen mit Hilfe der Juniorprofessur stärken, Rede im Bundestag am 10.11.2006, [http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show\\_reden\\_fraktion.php/c-542/lkm-86/i.html?wc\\_id=1225&bis](http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show_reden_fraktion.php/c-542/lkm-86/i.html?wc_id=1225&bis), Zugriff am 30.11.2006.
- Buch, Florian u. a. (2006): Prognose der Studienkapazitätsüberschüsse und -defizite in den Bundesländern bis zum Jahr 2020, Arbeitspapier Nr. 77, Juni 2006, [http://www.che.de/downloads/Prognose\\_Studienkapazitaet\\_AP77.pdf](http://www.che.de/downloads/Prognose_Studienkapazitaet_AP77.pdf), Zugriff am 30.11. 2006.
- Bund-Länder-Kommission (2006): Schavan: Meilenstein für Studierende und Wissenschaft in Deutschland –Einigung im Hochschulpakt erreicht, [http://www.blk-bonn.de/pressemitteilungen/presse2006\\_25.htm](http://www.blk-bonn.de/pressemitteilungen/presse2006_25.htm), Zugriff am 15.12.2006.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2006): Hochschulpakt von Bund und Ländern beschlossen, <http://www.bmbf.de/press/1939.php>, Zugriff am 15.12.2006.
- Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (2006): Statistische Daten – Daten aus Studium und Lehre 2005, Stand 1.6.2005, <http://www.uni-oldenburg.de/praesidium/studiumlehre/download/zahlenspiegel/2005/Zahlenspiegel2005.pdf>, Zugriff am 5.12.2006.
- Eberhard Karls Universität Tübingen (2006): Zahlen und Fakten, Stand 9.10.2006, <http://www.uni-tuebingen.de/uni/qvr/02/02v11.html>, Zugriff am 4.12.2006.
- Gehring, Kai (2006): Studierendenberg trifft Haushaltsloch – Hochschulen in Deutschland für den Anstieg der Studierendenzahlen fit machen, 29.08.2006, [http://www.gruenerzukunftskongress.de/fileadmin/user\\_upload/PDF-Dateien/workshop\\_infos/Kurz-Konzept\\_HS-Workshop\\_Zukunftskongress2.pdf](http://www.gruenerzukunftskongress.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/workshop_infos/Kurz-Konzept_HS-Workshop_Zukunftskongress2.pdf), Zugriff am 30.11.2006.
- Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (2006): Studierendenstatistik (als Personen) für das Wintersemester 2006/2007, Stand 15.11.2006, [http://www.uni-duessel-dorf.de/home/Kopfnavigation/Mitarbeiter/Organisation/Dez2/Dez21/planung/Dokumente/students\\_20062p.pdf](http://www.uni-duessel-dorf.de/home/Kopfnavigation/Mitarbeiter/Organisation/Dez2/Dez21/planung/Dokumente/students_20062p.pdf), Zugriff am 6.12.2006.
- Hochschule Wismar (2006): Zahlen zum Semesterstart 2006/2007, Stand 27.9.2006, <http://www.hs-wismar.de/2093+M54a708de802.html>, Zugriff am 5.12.2006.
- Hochschul-Informationen-System (2003): Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleiche an Hochschulen – Werkstattbericht zu einem Vergleich der Ergebnisse von Universitäten und Fachhochschulen. A7/2003.
- Hochschulrektorenkonferenz (2006a): HRK nach der gestrigen Einigung der Regierungschefs: Hochschulpakt ist richtig, aber nur ein erster Schritt, Nachricht vom 14.12.2006, <http://www.uni-protokolle.de/nachrichten/id/129555/>, Zugriff am 22.01.2007.
- Hochschulrektorenkonferenz (2006b): Statistische Daten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen – Wintersemester 2006/2007,

[http://www.hrk.de/de/download/dateien/StatistikBAMAHRKWiSe2006\\_07.pdf](http://www.hrk.de/de/download/dateien/StatistikBAMAHRKWiSe2006_07.pdf),  
Zugriff am 18.12.2006.

Justus-Liebig-Universität Gießen (2006): Die Universität in Zahlen –Studierende,  
Stand WS 2005/06, <http://www.uni-giessen.de/uni/informationen/uni-zahlen.html>, Zugriff am 5.12.2006.

Kulturministerkonferenz (2005): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2003 bis 2020, Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 173, Januar 2005,  
<http://www.kmk.org/statist/schulprognosetext.pdf>, Zugriff am 5.12.2006.

Kultusministerkonferenz (2006): Deutsche Studienanfänger nach dem Land des Hochschulortes und dem Land des Erwerbs der Hochschulzulassungsberechtigung 2004, IN: Die Mobilität der Studienanfänger und Studierenden in Deutschland 1980 bis 2005 (im Erscheinen).

Leffers, Jochen (2006): Marode Unis- Studentenbergr kostet jährlich zwei Milliarden Euro mehr, 18.07.2006,  
<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,422067,00.html>, Zugriff am 30.11.2006.

Statistisches Bundesamt (2006a): Bildung und Kultur – Finanzen der Hochschulen, Berichtszeitraum 2004. Fachserie 11 Reihe 4.5.

Statistisches Bundesamt (2006b): Bildung und Kultur – Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11 Reihe 4.3.1.

Szymanski, Mike (2006): Der Fluch der Studentenflut, 21.10.2003,  
<http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/berufstudium/artikel/970/19951/>,  
Zugriff am 30.11.2006.

Technische Universität Dresden (2006): Studierende n. Fakultät der TU Dresden im WS 2006/07, [http://tu-dresden.de/die\\_tu\\_dresden/portrait/zahlen\\_und\\_fakten/bilder/18](http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/portrait/zahlen_und_fakten/bilder/18), Zugriff am 19.01.2007.

Technische Universität München (2006): Die TUM in Zahlen, Stand 2005,  
[http://portal.mytum.de/cop/tum\\_in\\_zahlen/tum\\_in\\_zahlen\\_2005](http://portal.mytum.de/cop/tum_in_zahlen/tum_in_zahlen_2005), Zugriff am 4.12.2006.

Universität zu Köln (2006): Statistiken, Stand Wintersemester 2006/2007,  
[http://www.uni-koeln.de/uni/uniinfo\\_zahlen.html](http://www.uni-koeln.de/uni/uniinfo_zahlen.html), Zugriff am 6.12.2006.

Verein deutscher Ingenieure (2006): 22.000 Ingenieure fehlen,  
[http://www.vdi.de/vdi/presse/mitteilungen\\_details/index.php?ID=1016445](http://www.vdi.de/vdi/presse/mitteilungen_details/index.php?ID=1016445)  
Zugriff am 19.01.2007.

Wissenschaftsrat (2006): Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems, <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7083-06.pdf>, Zugriff am 22.01.2007.

ISSN 1862-7188  
ISBN 978-3-939589-39-6